

**Fortschrittsbericht
über die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin
sowie die weitere Zusammenlegung von Behörden und Sonderbehörden**

I. Einführung

Dieser Bericht wurde - ebenso wie die vorhergehenden Berichte aus den Jahren 2006 bis 2012 - aufgrund der Bitte aus der gemeinsamen Sitzung des Abgeordnetenhaus-Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien und die Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg sowie des Hauptausschusses des Landtags Brandenburg vom 23. November 2005 gemeinsam durch beide Landesregierungen verfasst und wird den beiden Parlamenten zur Besprechung vorgelegt. Er bezieht sich weitestgehend auf den Zeitraum von Anfang 2012 bis Ende 2013 und schreibt die Berichte der Vorjahre fort.

Eine Gesamtbetrachtung der Entwicklung in den vergangenen 2 Jahren zeigt einerseits nach wie vor in vielen Bereichen eine gute, auf verschiedenen Ebenen verankerte und zum Teil weiter ausgebauten Zusammenarbeit beider Länder.

Andererseits sind die bereits im vorangegangenen Bericht angesprochenen Auswirkungen des in beiden Ländern zu konstatierenden nachlassenden Interesses an der Berlin-Brandenburg-Thematik nicht zu verkennen. Das Fehlen einer auch in der Bevölkerung mehrheitsfähigen weitergehenden Perspektive erschwert es, die spezifischen Interessen der Hauptstadtregion wirksam in die Entscheidungsprozesse einzubringen, und bremst die Dynamik der Kooperation beider Länder. Die Hinweise auf unterschiedliche Strukturen und Gegebenheiten, der Schutz der jeweiligen Einzelinteressen und der dadurch geprägte Blickwinkel der Handelnden gewinnen zunehmend an Gewicht.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gilt es, die gemeinsamen Interessen, die Notwendigkeiten und den Mehrwert eines abgestimmten und gemeinsamen Handelns klar zu erkennen. Die Potenziale der Region im nationalen und internationalen Wettbewerb, die sich nicht zuletzt aus den unterschiedlichen Stärken und Schwerpunkten ergeben, können auf diese Weise wesentlich wirksamer zur Geltung gebracht werden. Die gemeinsamen Perspektiven müssen offengehalten und sollten durch neue Impulse gestärkt werden. Gesellschaftlichen Initiativen kommt hierbei eine große Bedeutung zu.

II. Wirtschaft

1. Allgemeine wirtschaftliche Lage

Das Wirtschaftswachstum in der Region Berlin-Brandenburg hat sich 2012 nach den wachstumsstarken Jahren 2010/2011 konjunkturell bedingt etwas abgeschwächt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg preisbereinigt um 1,0% und übertraf damit leicht das bundesweite Wirtschaftswachstum.

Der Anstieg der Wirtschaftskraft basierte in beiden Ländern hauptsächlich auf der positiven Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen, die in Berlin zu 83% und in Brandenburg zu 70% zur Bruttowertschöpfung beitrugen. Der größte Zuwachs beim realen Wirtschaftswachstum wurde in Berlin in den Bereichen Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation erreicht. In Brandenburg erzielten vor allem die Bereiche Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen einen überdurchschnittlichen Anstieg der Wirtschaftsleistung. Das Produzierende Gewerbe verzeichnete hingegen aufgrund der Konjunkturabschwächung einen Rückgang.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist in der Hauptstadtregion im Jahr 2013 zum achten Mal in Folge gestiegen. Mitte 2013 hatten in der Region rund 1,99 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einen Arbeitsplatz (in Berlin 2,6% und in Brandenburg 0,2% über dem Vorjahresniveau; insgesamt +1,6% gegenüber +1,2% in ganz Deutschland). Impulse für neue Arbeitsplätze gehen insbesondere von den innovativen Clusterkernen aus. Hier stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Hauptstadtregion zwischen 2008 und 2012 um 10,1% und damit noch stärker als in der gesamten Regionalwirtschaft mit einem Zuwachs von 7,8%.

Die Arbeitslosigkeit in der Hauptstadtregion ist im Berichtszeitraum weiter gesunken. Die Arbeitslosenquote (in % aller zivilen Erwerbspersonen) lag in der Hauptstadtregion 2012 bei 11,4% und verringerte sich 2013 auf 10,9% (Berlin 11,7%, Brandenburg 9,9%). Die Arbeitslosenquote von Frauen lag um 1,4 Prozentpunkte unter jener der Männer.

Der Arbeitsmarkt der Hauptstadtregion ist durch die länderübergreifenden Pendlerbewegungen eng verbunden. Rund 190.000 Brandenburger/innen waren 2013 in Berlin und 78.000 Berliner/innen in Brandenburg sozialversicherungspflichtig tätig. Der Einpendlerüberschuss aus Brandenburg nach Berlin beläuft sich damit auf 112.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

2. Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Innovationspolitik

2.1 Zusammenarbeit im Bereich der Innovationspolitik

Berlin und Brandenburg bilden eine gemeinsame Wissens- und Innovationsregion. Die technologieorientierten Unternehmen in beiden Ländern nutzen die Ressourcen der gesamten Hauptstadtregion. Auf diese enge Verflechtung hat die Politik mit der 2011 von beiden Landesregierungen verabschiedeten Gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB) reagiert. Hauptanliegen bleibt es, die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft innerhalb und außerhalb der Region weiter zu verbessern, die Wertschöpfungsketten zu optimieren und die internationale Wahrnehmung und Sichtbarkeit der Hauptstadtregion mit ihrer selbst europaweit nahezu einmaligen Dichte von Wissenschaftseinrichtungen voranzubringen.

Die Etablierung der fünf länderübergreifenden Cluster Gesundheitswirtschaft, Energietechnik, Verkehr, Mobilität und Logistik, IKT, Medien und Kreativwirtschaft sowie Optik mit ihren jeweiligen Managementstrukturen ist im Wesentlichen abgeschlossen. Ihre weitere Entwicklung erfolgt auf der Grundlage von Masterplänen, die evaluiert (Gesundheitswirtschaft), erstellt (Energietechnik) oder fortgeschrieben wurden (Verkehr, Mobilität und Logistik sowie Optik).

Mit ihren 7 Universitäten, annähernd 40 staatlichen und renommierten privaten Hochschulen und den mehr als 90 außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie einem großen Spektrum unternehmensnaher Forschung und Entwicklung verfügt die Region über eine

breite wissenschaftliche Basis für innovative Entwicklungen. Der Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft und die Wahrnehmung der damit verbundenen Chancen zur Gründung, Ansiedlung und Expansion innovativer Unternehmen sind für die Region Berlin-Brandenburg von zentraler Bedeutung.

In Vorbereitung auf die neue Strukturfondsperiode haben beide Länder unter Beteiligung eines externen Dienstleisters im März 2013 ein Verfahren eröffnet, in dem unter Berücksichtigung von Haushalts-, Zuwendungs- und Beihilferecht, der Regelungen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie der bestehenden und ab 2015 zu erwartenden institutionellen Zuständigkeiten bis April 2014 ein konsensuales, rechtssicheres und effizientes Konzept der gemeinsamen Finanzierung der Clusterpolitik ab 2015 entwickelt werden soll. Zusätzlich zur Optimierung der Fördermöglichkeiten ist ein Wirkungsmonitoring zu entwickeln, das die Steuerung der clusterpolitischen Aktivitäten ermöglicht und gleichzeitig die Anforderungen der EFRE-Berichterstattung erfüllt.

2.2 Cluster Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg als Wissenschafts-, Ausbildungs- und Wirtschaftsstandort sowie Umsatz und Beschäftigtenzahl der regionalen Unternehmen entwickeln sich weiterhin erfolgreich. Das Cluster Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg Health-Capital bildet mit 14,2% aller Erwerbstätigen und einem Umsatz von ca. 16 Mrd. € die mit Abstand größte Wachstumsbranche der Region. Mit mehr als 5.900 Unternehmen (von denen etwa 500 zur Pharma-, Medizintechnik- oder Biotechnologiebranche gehören), über 130 Krankenhäusern, 25 Hochschulen sowie 20 außeruniversitären Forschungseinrichtungen nimmt die Gesundheitswirtschaft der Region eine internationale Spitzenposition ein. Sie profitiert dabei auch von der räumlichen Nähe zu einschlägigen Verbänden auf Länder- und Bundesebene.

Der Senat von Berlin und die Landesregierung Brandenburg verfolgen daher mit Nachdruck die Entwicklung des Clusters, das komplette Wertschöpfungsketten von der Forschung, Entwicklung und Produktion über die Vermarktung bis hin zur Anwendung erschließt. Im Jahr 2012 wurde eine externe Überprüfung des Masterplans sowie der Strukturen des Clustermanagements durchgeführt. Im Ergebnis der Evaluierung wird der Masterplan fortgeschrieben werden; das Clustermanagement mit den bisherigen tragenden Einrichtungen aus beiden Ländern wird weiterhin für die organisatorische und operative Umsetzung des Masterplans Sorge tragen. Die Steuerungsgruppe der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre beschloss ferner eine stärkere Fokussierung und Reduzierung der Handlungsfelder (von bisher 12 auf nunmehr 4) sowie die Einführung von insgesamt 5 Integrativthemen, die für alle Themenfelder relevant sind. Aufbauend auf den vorhandenen Stärken, den zukünftigen Chancen und Herausforderungen und auch den Erkenntnissen aus den bisherigen Aktivitäten zur Umsetzung des Masterplans wurden folgende 4 Handlungsfelder abgeleitet: Biotechnologie und Pharma; Medizintechnik; neue Versorgungsformen und Rehabilitation; Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitstourismus. Die 5 Integrativthemen sind: Fachkräfte; Ansiedlungs- und Bestandsentwicklung; Internationalisierung; E-Health sowie Alternde Gesellschaft.

Durch eine Bündelung der Handlungsfelder und ein professionelles Handlungsfeldmanagement werden die Stärken der Gesundheitsregion - die Zusammenarbeit über Länder- und Ressortgrenzen hinweg und die Verknüpfung von innovativer gesundheitlicher Versorgung und Gesundheitswirtschaft - noch besser nutzbar. Im Rahmen einer online-Befragung wurde interessierten Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit gegeben, ihre Meinungen zu den Schwerpunktsetzungen in den Erarbeitungsprozess des Masterplans einzubringen. Die strategischen Ziele und thematischen Schwerpunkte wurden in einer Clusterkonferenz am 23. Oktober 2013 vorgestellt und diskutiert. Der unter maßgeblicher

Einbeziehung von Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen erarbeitete Masterplan 2.0 wurde am 27. November 2013 vom Clusterbeirat Gesundheitswirtschaft positiv diskutiert. Die Zustimmung durch die Steuerungsrunde der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre wird voraussichtlich bis zum 31. März 2014 erfolgen; die Veröffentlichung ist für das II. Quartal 2014 vorgesehen.

2.3 Cluster Energietechnik

Im Hinblick auf die strategische Bedeutung und das große Marktpotenzial der Energietechnik haben die Landesregierungen bereits 2007 begonnen, Ressourcen und Kompetenzen zu bündeln und gemeinsam regionale Potentiale der Branche zu erschließen. Im Zuge der gemeinsamen Innovationsstrategie wurden die definierten Zukunftsfelder zu Clustern weiterentwickelt und in einen breiten Kontext regionaler Wertschöpfung eingebettet.

Erklärtes politisches Ziel der Clusterstrategie Energietechnik ist es, Energietechnik in der Hauptstadtregion zu einem wachsenden, international wettbewerbsfähigen Wissenschafts- und Wirtschaftscluster weiterzuentwickeln und entsprechende Dienstleistungen und Erzeugnisse zu vermarkten. Insbesondere in den Bereichen Turbomaschinen und Kraftwerkstechnik sowie Solarenergie sind die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Ländern im Bereich der Entwicklung und Herstellung überregional wettbewerbsfähiger Produkte sehr ausgeprägt. Weitere gemeinsame Handlungsfelder sind Bioenergie und Windenergie, Energienetze und -speicher/E-Mobilität sowie Energieeffizienztechnologien. Der Clusterprozess ist technologiefokussiert und auf die Zusammenführung der Kompetenzen von wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen aller Größenordnungen ausgerichtet. Im November 2012 wurde der Masterplan Energietechnik Berlin-Brandenburg verabschiedet, der in einem breiten Diskussionsprozess des Clusters entstanden war.

Das Energiecluster bewegt sich in einem äußerst dynamischen politischen Umfeld. Die weltweite grundsätzliche Verständigung auf Klimaschutz und vor allem aber auch der Beschluss der Bundesregierung zum Ausstieg aus der Kernenergie haben den Handlungsdruck und den Innovationsprozess in den Bereichen Erneuerbare Energien sowie Energienetzen und -speicher erhöht. Die Abdeckung aller relevanten Versorgungsstrukturen und Netzsparten begünstigt die Wettbewerbsposition der Region, da sie sowohl bei den Turbomaschinen und in der Kraftwerkstechnik als auch bei den Erneuerbaren Energien wirtschaftlich und technologisch gut aufgestellt ist. Auch im Verhältnis zur Wojewodschaft Dolnośląskie/Niederschlesien und zur Wojewodschaft Lubuskie/Lebuser Land gewinnt das Energiethema an Bedeutung (vgl. dazu auch Teil VI.).

2.4 Cluster Verkehr, Mobilität, Logistik

Das enge Zusammenwirken der Berliner und brandenburgischen Fachleute im Clustermanagement und dessen Gremien ist eingespielt und hat sich bewährt. Beispielhaft seien 4 laufende Vorhaben angeführt:

- Internationales Schaufenster der Elektromobilität Berlin-Brandenburg

Berlin und Brandenburg arbeiten im Projekt „Internationales Schaufenster der Elektromobilität Berlin-Brandenburg“ intensiv zusammen, wobei sich die brandenburgischen Aktivitäten vor allem auf die Bereitstellung und das Management regenerativ erzeugter elektrischer Energien für verschiedene Mobilitätszwecke konzentrieren. Das enge Zusammenwirken von Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Netzintegration und des Netzmanagements vornehmlich in Brandenburg und die Stromnutzung für Verkehr überwiegend im urbanen Raum Berlins gilt als eine besondere Stärke des gemeinsamen

Schaufensterkonzeptes, die für den Erfolg im bundesweiten Wettbewerb eine wichtige Rolle gespielt hat. Folgerichtig startete das mit Mitteln des Landes Brandenburg geförderte Schaufensterprojekt *SMART - Capital Region* im Juni 2013 mit der Kick-off Konferenz in Berlin-Treptow beim Projektpartner Vattenfall. Auch bei der Nutzung der Elektromobilität im Entsorgungsverkehr arbeiten beide Länder Hand in Hand: Das Schaufenster-Kernprojekt „Elektro-Abfallentsorgungssysteme“ startete im August 2013 bei der Firma AWU Oberhavel in Velten. Weitere Exemplare der von der Firma Hüffermann Transportsysteme aus Neustadt/Dosse elektrifizierten Müllsammelfahrzeuge werden demnächst bei der Berliner Stadtreinigung und bei der Stadtentsorgung Potsdam eingesetzt, sodass in der Folge der parallele Testbetrieb in Berlin, in Potsdam und im Landkreis Oberhavel stattfinden und ausgewertet werden wird.

Die Berliner Agentur für Elektromobilität eMO koordiniert die Schaufensteraktivitäten und kommuniziert sie als Leitprojekt der länderübergreifenden Innovationsstrategie innoBB im Cluster Verkehr, Mobilität und Logistik.

- **Fraunhofer-Cluster LCE Life Cycle Engineering**

Das 2013 lancierte Innovationscluster LCE (Life Cycle Engineering) für Turbomaschinen der Fraunhofer Gesellschaft ist genauso wie sein Vorläufer MRO (Maintenance, Repair and Overhaul) in der Energie- und Verkehrstechnik auf die Hauptstadtregion ausgerichtet. In beiden Fällen koordiniert das Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik IPK in Berlin, die Industriebeteiligten kommen aus Berlin und Brandenburg; beide Länder unterstützen mit ihren jeweiligen Förderinstrumenten für Innovations- und Technologieprojekte. Das Innovationscluster LCE deckt die stationären (Energieerzeugung) und mobilen (Luftfahrt) Anwendungen von Turbomaschinen ab. Erste FuE-Vorhaben betreffen Turbinenbauteile aus neuen Hochleistungswerkstoffen und die Fertigung hochkomplexer Turbinenbauteile.

- **Berlin-Brandenburg als Hub im Seehafenhinterlandverkehr**

Im Zuge des Containerbooms der vergangenen Jahre hat der Seehafenhinterlandverkehr eine herausragende Bedeutung in der Transportkette eingenommen. Mit dem Leitprojekt „Berlin-Brandenburg als Hub im Seehafenhinterlandverkehr“ wurden die für die Region entstehenden Chancen zur Stärkung der Logistikwirtschaft eingehend untersucht und erschlossen. Im Ergebnis des FuE-Verbundprojektes „Stärkung des Berlin-Brandenburger Seehafenhinterlandverkehrs durch innovative IKT- und Betriebskonzepte“ wurden die drei Terminals in Wittenberge (ElbePort), Wustermark (Rail&Logistics Center) und Frankfurt (Oder) (ETTC) mit neuartigen IKT-Pilotlösungen ausgestattet, die einen kontinuierlichen Informationsfluss in der gesamten Logistikkette vom Seehafen bis in das Terminal ermöglichen. Außerdem wurden Optimierungspotenziale in den drei Terminals erschlossen. Im parallelen Marketingprojekt wurden Unternehmenstreffen, Informationsveranstaltungen, Workshops, Standortbesichtigungen in der Region Berlin-Brandenburg sowie in deutschen, niederländischen, belgischen und polnischen Seehäfen durchgeführt, um direkte Kontakte zu den potenziellen Kunden und Geschäftspartnern herzustellen und zu intensivieren.

- **Intermodale Verkehre**

Die Verlagerung der stetig wachsenden Straßengüterverkehre auf die Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße ist eines der zentralen Themen im Handlungsfeld Logistik. Über innovative Umschlagtechnologien und intelligente Transportströme auf den sich in der Hauptstadtregion kreuzenden europäischen Korridoren soll sowohl umweltpolitischen Vorgaben (z.B. CO₂-Reduzierung) entsprochen als auch eine zusätzliche Wertschöpfung für Berlin-Brandenburg generiert werden.

Auf Initiative des Clustermanagements ist eine umfassende Bestandsanalyse vorgesehen. Unter Berücksichtigung bereits vorliegender Ergebnisse aus internationalen Projekten (z.B. EU-gefördertes Projekt FLAVIA) gilt es, die Potenziale der Wirtschaft für den intermodalen Verkehr zu identifizieren und zu spezifizieren. Dazu werden im Jahr 2014 Unternehmen sowohl in der Hauptstadtregion als auch entlang der internationalen Korridore in die Untersuchung einbezogen. Über die leistungsstarken Logistikstandorte in der Hauptstadtregion werden anschließend entsprechende Angebote vorbereitet und implementiert. Die Projektergebnisse bilden zudem eine fundierte Grundlage in Bezug auf anstehende „Calls“ aus EU-Programmen der neuen Förderperiode.

2.5 Cluster IKT, Medien und Kreativwirtschaft

Mit der im Mai 2011 unterzeichneten Rahmenvereinbarung zur Unterstützung des Clusters „IKT, Medien und Kreativwirtschaft Berlin-Brandenburg“ (IMK) wurde vereinbart, die Clusterentwicklung durch Entwicklung und Realisierung gemeinsamer Projekte/Maßnahmen aktiv zu unterstützen.

Das Cluster IMK ist mit zahlreichen länderübergreifenden Organisationen und Netzwerken (wie z. B. Medienboard Berlin-Brandenburg, SIBB, media.net) bereits weit entwickelt. In Anlehnung an die länderübergreifenden Netzwerke wurden zusätzlich regionale Branchennetzwerke unterstützt bzw. in ihrer Förderung verlängert, um den besonderen Herausforderungen des Flächenlandes Brandenburg Rechnung zu tragen (wie z.B. media.connect und SIBB-Region).

Im Hinblick auf die schon sehr ausgeprägte Zusammenarbeit im Cluster wurde auf die Schaffung neuer Managementstrukturen wie in den Clustern Gesundheitswirtschaft und Verkehr, Mobilität und Logistik bisher verzichtet. Das operative Management wird auf Berliner sowie auf brandenburgischer Seite von jeweils einer Clustermanagerin/einem Clustermanager vorgenommen. Beide Länder haben sich darauf verständigt, die bestehende Clusterkoordinierungsrunde um einige weitere Mitglieder für die Bereiche Medien, Kreativwirtschaft sowie Wissenschaft zu erweitern und zu einem Beirat zu entwickeln.

In den wesentlichen Handlungsfeldern des Clusters wurden Handlungsfeldkonferenzen durchgeführt, die zu gemeinsamen Projektentwicklungen geführt haben. So wurden z.B. Wettbewerbe und Workshops zu den Themen Design und Gesundheitswirtschaft, location based Apps, drahtlose Anwendungen und neue Radioformate durchgeführt. Die Siegerinnen und Sieger erhalten neben einem Preisgeld Marketingleistungen und sonstige Unterstützungen durch Partnerunternehmen.

Im Handlungsfeld „Sicherheit mit IT“ wurden Zukunftsthemen benannt und verifiziert, die sich für die weitere länderübergreifende Zusammenarbeit eignen.

Im Bereich Kreativwirtschaft setzt das Portal Kreatives-Brandenburg.de auf dem Berliner Portal Creative-City-Berlin auf; beide Portale werden gemeinsam weiterentwickelt.

Das Cluster entwickelt weitere Handlungsfelder fort bzw. definiert diese aufgrund der dynamischen technologischen Entwicklung neu, gründet gemeinsame Formate zur gezielten Innovationsentwicklung (z.B. „länderübergreifende Transfer- und Entwicklungsallianz“ im Handlungsfeld Mobile Anwendungen/Geoinformation mit zurzeit 7 Arbeitsgruppen), bindet neue Themen ein (wie z.B. Fast Data) und erarbeitet, unterstützt und entwickelt gemeinsame Projektideen. Kooperationen mit anderen europäischen Clustern stärken die Internationalisierung.

Aktuell wird im Cluster ein Masterplan zur strategischen Positionierung des Clusters im

innoBB-Prozess entwickelt, der die bisher gemeinsam erarbeiteten Arbeitspläne mit mittelfristiger Wirkung ersetzen soll. Auf eine konsensuale Arbeitsbasis bei der Entwicklung einer EFRE-konformen „intelligenten Spezialisierung“ im Cluster wird großer Wert gelegt.

Hinsichtlich der Aktivitäten im Medienbereich wird ferner auf Abschnitt II 6 verwiesen.

2.6 Cluster Optik

Optische Technologien und Mikrosystemtechnik gehören zu den forschungs- und wissensintensivsten Wirtschaftszweigen mit über 2.200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in regionalen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. In der Region gibt es rund 400 Technologieunternehmen, deren Kerngeschäft sich auf die Optischen Technologien und/oder die Mikrosystemtechnik beziehen. Das im Oktober 2011 etablierte Gesamtcluster Optik (einschließlich Mikrosystemtechnik) umfasst rund 13.300 Unternehmen mit über 17.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Federführend für beide Länder ist seit dem 1. Januar 2013 die TSB Innovationsagentur Berlin (seit dem 1. September 2013 mit der Berlin Partner GmbH zur „Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH“ fusioniert). Sie arbeitet dabei im Clustermanagement eng mit der ZukunftsAgentur Brandenburg und dem OpTec-Berlin-Brandenburg (OpTecBB) e.V. zusammen. Als weitere Arbeitsgremien wurden eine Steuerungsrunde und ein Beirat konstituiert, die jeweils halbjährlich tagen.

Der im Cluster Optik vorbereitete Masterplan wird im 1. Halbjahr 2014 fertiggestellt werden. Wesentliche Beiträge aus den sechs Handlungsfeldern sind eingeflossen. Dem Erarbeitungsprozess waren die Handlungsfeld- und Clusterkonferenzen der Jahre 2012 und 2013 vorangegangen. Hier wurden die Schwerpunkte und Leitthemen der optischen Technologien und der Mikrosystemtechnik diskutiert. Mit der Erarbeitung des Masterplans sollen die Entwicklung einer Roadmap und die Identifizierung von Erfolgsindikatoren für die Umsetzung der Handlungsziele einhergehen.

Die inhaltliche Orientierung des Clusters spiegelt sich auch in der Fachmesse laser optics Berlin wider, für die 2012 erstmalig die Optical Society of America (OSA), die weltweit größte und renommierteste Vereinigung auf dem Gebiet der Optischen Technologien, und die Stadt Warschau als Kongresspartner gewonnen werden konnten. Die laser optics bildet mittlerweile die gesamte Wertschöpfungskette in der Region Berlin/ Brandenburg ab. Die nächste laser optics findet im März 2014 - wieder unter Beteiligung der OSA und der Stadt Warschau - statt. Die Netzwerkpartnerschaft PHÖNIX wird mit EFRE-Mitteln aus dem ‚Netzwerkprogramm Mittel- und Osteuropa‘ gefördert.

2.7 Clustermonitoring

Beide Länder bauen derzeit ein gemeinsames Clustermonitoring-System auf, durch das u.a. der effiziente Einsatz öffentlicher Gelder dokumentiert werden soll. Es ermöglicht zudem Vergleiche mit anderen Regionen und kann daher als Element des Standortmarketings und der Verbesserung der überregionalen Wahrnehmung der Cluster dienen.

Das Clustermonitoring wird sowohl für die gemeinsamen Cluster im Rahmen von innoBB als auch für die brandenburgspezifischen Cluster aufgebaut. Um eine Vergleichbarkeit über alle Cluster zu erreichen, wird eine einheitliche Datenbasis verwendet. Erhoben werden 3 Kernindikatoren: Zahl der Unternehmen, sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und Umsatz. Angestrebt wird, für Vergleichszwecke auch Daten für andere Bundesländer und ausgewählte Metropolregionen auszuweisen. Der erste Clustermonitoring-Bericht soll 2014 vorliegen.

Die verabredete Schaffung gemeinsamer Strukturen in den landesübergreifenden Clustern bewirkt eine maßgebliche Weiterentwicklung in der Umsetzung einer konsistenten Wirtschaftsförderungspolitik für die Hauptstadtregion und setzt die bestehende enge Kooperation der beiden Länder in vielen Teilbereichen der Wirtschaftsförderungspolitik konsequent fort.

3. Industriepolitik

Berlin und Brandenburg begrüßen die gestiegene Aufmerksamkeit, die der Industrie in den letzten Jahren wieder entgegengebracht wird, und unterstreichen die Bedeutung von Industriepolitik, Industrieentwicklung und Industriekultur.

Der Masterplan „Industriestadt Berlin“ und der brandenburgische Aktionsplan „ProIndustrie“ weisen eine Reihe übereinstimmender Zielsetzungen, Maßnahmenbereiche / Handlungsfelder und Leitprojekte auf. Berlin und Brandenburg haben deshalb verabredet, gemeinsame Schnittstellen zwischen Masterplan und Aktionsplan zu identifizieren und abzustimmen. In den kommunalen Nachbarschaftsforen und in der jüngsten Regionalkonferenz der Zukunftsagentur Brandenburg wurde von den beiden Wirtschaftsressorts auch die Frage kleinräumlicher Schnittstellen zwischen beiden Ländern thematisiert.

Geprüft werden u.a. eine verstärkte Beteiligung Brandenburgs an der „Langen Nacht der Industrie“ in Berlin und eine Öffnung von bisher nur auf Brandenburg ausgerichteten industriellen Clustern (wie das Cluster Ernährungswirtschaft) für Berliner Industrieunternehmen.

Die Kooperation der beiden Länder strahlt auch auf die Zusammenarbeit mit Polen aus. Auf der Grundlage einer 2009 abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung hat sich mit den Schwerpunkten Technologietransfer, Fachkräftesicherung, Wirtschaftskooperationen eine intensive Zusammenarbeit des GRW-Netzwerks profil.metall mit dem Lebusener Metallcluster (Lubuskie Klaster Metalowy, LKM) entwickelt.

4. Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung

4.1 Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderergesellschaften

Die Zusammenarbeit zwischen der Berlin Partner GmbH (jetzt Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, BPWT) und der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (ZAB) wurde - mit klarer Schwerpunktsetzung auf die gemeinsam festgelegten Cluster - kontinuierlich fortgesetzt. Für die Hauptstadtregion konnten 2012 rund 600 Arbeitsplätze akquiriert werden. Im Jahr 2013 wurden in der Airport Region Berlin-Brandenburg durch BPWT und ZAB 91 Ansiedlungs- und Expansionsprojekte mit 4.158 neu geschaffenen Arbeitsplätzen umgesetzt.

Für die Vermarktung des Wirtschaftsstandortes und die Positionierung der Hauptstadtregion nutzen die Länder eine gemeinsame Dachmarke „The German Capital Region“ und ein gemeinsames Corporate Design, das im Sinne eines erfolgreichen Standortmarketings einerseits der Darstellung der Potenziale und Ressourcen der Region dient und andererseits für Projekte und Aktionen (wie Firmengemeinschaftsstände auf nationalen und internationalen Messen, Broschüren, Anzeigen, Plakate usw.), aber auch zur Kennung aller gemeinsamen Organisationseinheiten und für Projekte der beiden Länder genutzt wird. Im Hinblick auf veränderte Rahmenbedingungen wird das Corporate Design kontinuierlich weiterentwickelt.

Ergänzend zu den gemeinsamen Internetportalen (www.berlin-brandenburg.de und www.capital-region.de) baut das Land Brandenburg ein an den Bedürfnissen des Flächen-

landes orientiertes georeferenziertes Standortinformationssystem auf, das Ende 2013 gegangen ist. Das in Berlin bestehende Angebot des Business Location Center - mit seinem im WirtschaftsAtlas integrierten 3-D-Stadtmodell - wird im Jahr 2014 durch die Neubefliegung des Berliner Stadtgebietes vollständig aktualisiert. In diesem Zusammenhang erfolgt auch die Aktualisierung des Solaratlas, der für jedes Berliner Dach das Solarpotenzial zeigt.

4.2 Gemeinsame Außenwirtschaftsaktivitäten

Im Länderarbeitskreis Außenwirtschaft Berlin-Brandenburg, in dem neben den Wirtschaftsfördergesellschaften die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und die beiden Wirtschaftsressorts mitwirken, werden mehrmals im Jahr die Außenwirtschaftsaktivitäten der Beteiligten abgestimmt.

2012 standen 53 gemeinsame Messeauftritte auf dem Programm, z.B. auf der CeBIT in Hannover, der InnoTrans in Berlin, der Arab Health in Dubai oder der HUSUM WindEnergy in Husum. 2013 war die Region auf rund 50 Messen mit Gemeinschaftsständen vertreten. Das gemeinsame Messeprogramm 2014 ist seit November 2013 online und gedruckt verfügbar und sieht 54 gemeinsame Messeauftritte vor. Es ist auf den Internetseiten der Wirtschaftsverwaltungen unter folgenden Internetadressen abrufbar:

http://www.mwe.brandenburg.de/media/bb1.a.2755.de/MessebeteiligungBlnBB_2014.pdf
bzw. <http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/euro-inter/aussen/index.de.html#2>.

Im Rahmen der 10. Außenwirtschaftskonferenz im November 2012 in Berlin wurden Geschäftschancen in der Türkei beleuchtet. Die 11. Außenwirtschaftskonferenz Berlin-Brandenburg hat im Dezember 2013 in Potsdam stattgefunden und widmete sich den Marktchancen in den USA.

Im Zuge der Bemühungen, die Außenwirtschaftsförderung enger mit der Innovationsstrategie zu verbinden, sind im Rahmen der sog. „Strategiedialoge Internationalisierung“ (dem kontinuierlichen Prozess der Zusammenarbeit der Clustermanagements mit relevanten Partnern) inzwischen in allen länderübergreifenden Clustern Arbeitsgruppen zum Thema Internationalisierung etabliert worden. Hier werden neben der Weiterentwicklung bedarfsgerechter Internationalisierungsstrategien Projektansätze besprochen, gemeinsame Veranstaltungen und Maßnahmen vorbereitet und Erfahrungen ausgetauscht.

4.3 Zusammenarbeit im Bereich der Existenzgründungen

Im Vordergrund der Zusammenarbeit im Bereich Existenzgründung standen die gemeinsamen Projekte Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg (BPW) und Deutsche Gründer- und Unternehmertage (deGUT), die im Auftrag beider Wirtschaftsverwaltungen von den Investitionsbanken beider Länder durchgeführt werden. Beim BPW wurden sie von der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB) unterstützt.

Der BPW läuft seit 18 Jahren jährlich über einen Zeitraum von rund 8 Monaten und setzt sich aus drei Stufen zusammen, die jeweils einen spezifischen inhaltlichen Schwerpunkt haben. In jeder Stufe können sich Existenzgründerinnen und Existenzgründer coachen lassen, Kontakte knüpfen, Seminare besuchen und das Feedback der Jury in Anspruch nehmen. Die Anforderungen an Inhalt und Umfang der Businesspläne steigen von Stufe zu Stufe, bis am Ende der 3. Stufe aus der ersten Geschäftsidee ein vollständiges Geschäftskonzept entwickelt worden ist. Die besten Projekte werden mit Preisgeldern ausgezeichnet.

Die Messe für Existenzgründung und Unternehmertum deGUT wurde 1985 in Berlin ins Leben gerufen und fand am 25. und 26. Oktober 2013 zum 29. Mal statt. Seit 1992 wird die

Veranstaltung gemeinsam mit dem Land Brandenburg ausgerichtet. Die Messe mit ihren umfangreichen Ausstellungs-, Seminar- und Workshop-Angeboten hat sich über die Jahre zu einer der wichtigsten Messen für Existenzgründung und Unternehmertum in Deutschland entwickelt. Bei der jüngsten Messe fanden erneut über 6.000 Besucherinnen und Besucher den Weg zum ehemaligen Flughafen Tempelhof.

5. Tourismus

Die Tourismusmarketing-Gesellschaften beider Länder (Berlin Tourismus & Kongress GmbH (visitBerlin) und TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH), die seit vielen Jahren eng zusammenarbeiten, sind zu 5% als Gesellschafter bei der jeweils anderen Einrichtung vertreten. Neben gemeinsamen Auftritten auf Messen wie insbesondere der Internationalen Tourismusbörse (ITB) stehen u.a. gemeinsame Produktpräsentationen, z.B. im Bereich des Kultur-, Rad- und Wassertourismus (siehe z. B. <http://www.das-blaue-paradies.de/>) im Mittelpunkt der gemeinsamen Aktivitäten.

Erwähnenswert ist auch die Tourismuskoooperation im Rahmen der Oder-Partnerschaft. Als hilfreiches Instrument für die Förderung interregionaler Kooperationsprojekte mit polnischen Partnern diente das „Netzwerkprogramm Mittel- und Osteuropa“ (MOE), durch das mehrfach grenzüberschreitende Kooperationen mit Tourismus-Marketinggesellschaften der Oderregion angestoßen und buchbare Produkte entwickelt werden konnten.

6. Medien

Die Medien als Teil der Kreativwirtschaft haben für Berlin und Brandenburg weiter an Bedeutung gewonnen. Die gute Kooperationskultur der beiden Länder spiegelt sich auch im Unternehmensnetzwerk [media.net berlinbrandenburg](http://media.net-berlinbrandenburg.de) wider, das mittlerweile über 400 Mitgliedsunternehmen hat und 2012 auch durch eine Netzwerkförderung seine Aktivitäten in größerem Umfang auf das Land Brandenburg ausgeweitet hat.

Die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH unterstützte 2012 insgesamt 359 Film- und Standortmarketing-Projekte mit Fördermitteln in Höhe von 28,8 Mio. €. Dies löste mit einem Umsatz von 99 Mio. € einen Wirtschaftseffekt von 343% in der Region Berlin-Brandenburg aus (bezogen auf die Filmproduktionsförderung sogar von 381%). Rückblickend auf das Filmjahr 2012 ist z.B. die Produktion des Großprojektes „Cloud Atlas“ hervorzuheben. Die ebenfalls geförderten Filme „Man(n) tut was Man(n) kann“ und „Schutzengel“ erreichten beachtliche Zuschauerzahlen über 700.000. Auch künstlerisch wurde die Leistungsfähigkeit der Filmbranche in Berlin und Brandenburg 2012 mit 3 Oscar-Nominierungen und dem Gewinn von 17 Lolas (Deutscher Filmpreis) unter Beweis gestellt. Der Erfolg der Medienboard-geförderten Filme setzte sich auch 2013 bei der Berlinale und dem Deutschen Filmpreis fort. Die Umrüstung von Filmtheatern auf digitale Projektionstechnik konnte im Jahr 2012 mit ca. 1 Mio. € unterstützt und im Jahr 2013 nahezu abgeschlossen werden. Dazu kam in 2013 die neu geschaffene Förderung von seriellen TV-Formaten.

In der Standortförderung verzeichneten die von der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH geförderten Veranstaltungen (wie die Bloggerkonferenz [re:publica](http://republica.de), der Animago-Award oder die Deutschen Gamestage) Besucherrekorde. Die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH hat zusammen mit dem [media.net berlinbrandenburg e.V.](http://media.net-berlinbrandenburg.de) die Initiative games.net gegründet, die die Games-Branche in der Hauptstadtregion verbindet und Kontakte in Wirtschaft, Politik und Forschung vermittelt. Die Antragszahlen im Bereich der Förderung innovativer audiovisueller Inhalte sind 2012 deutlich gestiegen, insbesondere im interaktiven Bereich von Games und Social Media.

Der Medienstandort Berlin-Brandenburg stellt sich den technologischen Herausforderungen durch die Digitalisierung auch im Rahmen des gemeinsamen Clusters IKT, Medien- und

Kreativwirtschaft (siehe Abschnitt II 2.5). Die schnellen Innovationszyklen erhöhen die Bedeutung des Forschungsbereichs, der somit auch die Konkurrenzfähigkeit des Medienstandorts erheblich beeinflusst. Die zahlreichen Forschungseinrichtungen in der Hauptstadtregion wie etwa das Hasso-Plattner-Institut, das Institut Internet und Gesellschaft der Humboldt Universität, die Fraunhofer-Institute und die beiden Filmhochschulen stellen insoweit einen wichtigen Standortfaktor dar. Die zunehmend engere Zusammenarbeit von Medienunternehmen und Forschungseinrichtungen zeigt sich im Bündnis D-Werft und in gemeinsamen Forschungsprojekten im Bereich digitaler Produktionstechnologien, die z.T. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) über das Programm Innovative regionale Wachstumskerne mit 6 Mio. € gefördert werden.

Das im Mai 2011 von der Medienanstalt Berlin-Brandenburg eröffnete Medieninnovationszentrum MIZ in Potsdam-Babelsberg erweiterte die Förderung durch die Medienanstalt Berlin-Brandenburg im Bereich der Medienausbildung und -kompetenz und bietet seitdem Workshops, Seminare und Ausbildungsprogramme an. Das MIZ fördert unter dieser Prämisse Projekte, die mediale Grenzen überschreiten und Ideen für audiovisuelle Inhalte mit zukunftsweisenden Entwicklungsansätzen für die Rundfunk- und Medienlandschaft beinhalten. Die Projekte erhalten eine bedarfsorientierte finanzielle Unterstützung sowie individuelle Coachings durch erfahrene Expertinnen und Experten. Zudem stehen im MIZ ein modern ausgestattetes Hörfunk- und TV-Studio sowie professionelle Schnitt- und Produktionstechnik für die projektbezogene Nutzung zur Verfügung.

Mit den am 30. August/11. September 2013 unterzeichneten Novellierungen des Staatsvertrages über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks sowie des Staatsvertrags über die Errichtung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg, denen die Landesparlamente am 20. bzw. 21. November 2013 zugestimmt haben, werden eine moderne und zukunftssichere Ausgestaltung der medialen Ordnung sowie eine inhaltliche und strukturelle Stärkung der gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt angestrebt.

III. Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt

Die im Mai 2012 erforderlich gewordene Verschiebung der Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) hat die Bemühungen, mit dem neuen Flughafen die internationalen Verbindungen der Region zu stärken und Wachstum und Beschäftigung zu fördern, zurückgeworfen. In der Konsequenz wurden bei der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) neue Strukturen geschaffen und eine neue Geschäftsführung eingesetzt. Eine umfangreiche Bestandsaufnahme der Mängel ist inzwischen abgeschlossen; mit einem „Sprint“-Programm soll eine Beschleunigung der noch erforderlichen Arbeiten erreicht werden. Ziel ist es, den Flughafen BER sobald wie möglich in Betrieb zu nehmen. In die Gesamtplanungen fließen auch die Aussagen aus dem Schallschutzurteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 25. April 2013 ein, die für die Anwohnerinnen und Anwohner einen deutlich verbesserten Schallschutz bedeuten.

Die Verhandlungen, die die Landesregierung Brandenburg aufgrund des vom Landtag Brandenburg am 27. Februar 2013 angenommenen Volksbegehrens zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen BER mit dem Berliner Senat aufgenommen hat, sind noch nicht abgeschlossen. Die Nachtflugregelung des Planfeststellungsbeschlusses ist allerdings bestandskräftig und war am 13. Oktober 2011 vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden.

Der Flugverkehr an den Flughäfen Tegel und Schönefeld ist auch im Berichtszeitraum im nationalen Vergleich überproportional gewachsen. 2012 wurde erstmals die Zahl von 25 Mio.

Passagieren überschritten. Dieser Trend hält auch aktuell an: 2013 starteten und landeten über 26 Mio. Passagiere an den beiden Flughäfen. Die Attraktivität der Hauptstadtregion für internationale Kunden bleibt also ungebrochen, der BER wird diese positive Tendenz weiter verstärken.

1. Wirtschaftliche Entwicklung des Flughafenumfelds

Im Auftrag der Wirtschaftsverwaltungen beider Länder ist die Umsetzung der Akquisitions- und Standortmarketingstrategie zum Aufbau zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen im Umfeld des Flughafens BER von den Wirtschaftsfördergesellschaften beider Länder übernommen worden, die hierfür das gemeinsame Airport Region Team gegründet haben. Dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind organisatorisch eng an die Branchen- bzw. Ansiedlungsteams der Wirtschaftsfördergesellschaften angebunden. Das Airport Region Team wirbt u. a. durch die Teilnahme an internationalen Road Shows, durch die Präsenz auf branchenspezifischen Leitmesse (Luftfahrtindustrie, Logistik, Immobilien) sowie durch Eigenveranstaltungen (Airport Region Talks sowie Veranstaltungen mit Projektentwicklern im BER-Umfeld und Vertretern der örtlichen Gebietskörperschaften) aktiv um Investitionen und Ansiedlungen in der Flughafenregion, die aufgrund der exzellenten Infrastruktur und der Nähe zur Bundeshauptstadt Berlin ein hohes Zukunftspotential aufweist.

Die Entwicklungen im Zuge der Verzögerung der BER-Eröffnung stellen allerdings auch an die Arbeit des Airport Region Teams besondere Ansprüche. Umso wichtiger sind die Bemühungen des Airport Region Teams, die Verzögerungen bei der Fertigstellung und Inbetriebnahme des Flughafens nicht auf die Standortqualitäten der Gewerbestandorte im BER-Umfeld ausstrahlen zu lassen. Insbesondere bei der schärferen Profilierung der einzelnen Projektentwicklungen und Gewerbestandorte im näheren Flughafenumfeld kann das Airport Region Team Unterstützung leisten.

2012 konnte das Team durch Begleitung und Unterstützung von 112 Investitionsprojekten und Betriebserweiterungen zur Schaffung von gut 4.000 neuen Arbeitsplätzen im Flughafenumfeld beitragen. Das Umfeld des Flughafens gehört nach wie vor zu den wachstumsstärksten Regionen in Brandenburg.

Eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung setzt auch eine gut ausgebaute Straßenverkehrsinfrastruktur voraus. Im Rahmen des Ausbaus des Flughafens BER wurde u.a. die Ortsumgehung Mahlow als zukünftige Zubringerstrecke baulich fortgeführt. Die beiden Abschnitte der BER-Zubringerstrecke L 40 im Bereich Güterfelde wurden Ende 2013 für den Verkehr freigegeben.

2. Internationale Luftfahrtausstellung (ILA)

Der Ausbau des Flughafens Schönefeld zum BER hatte zur Folge, dass die ILA nach 2010 nicht mehr auf dem bisherigen Gelände veranstaltet werden konnte. Um die ILA längerfristig an die Region und den neuen Flughafen BER binden zu können, wurde am westlichen Rand des neuen Flughafens von der ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH (als Joint Venture der Messe Berlin GmbH und der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH mit jeweils 50% Gesellschafteranteil) ein multifunktionales Messe- und Veranstaltungsgelände neu errichtet. Die Gesellschaft hat in der ersten Ausbaustufe rund 27 Mio. EUR in die Erschließung und Entwicklung des Areals investiert. Hinzu kommen separate Investitionen der Messe Berlin GmbH in feste Hallenbauten. Das gesamte Ausstellungsgelände wurde 2012 termin- und qualitätsgerecht an die Messegesellschaft als Betreiber übergeben, so dass die ILA 2012 - mit dem offiziellen Partnerland Polen - wie geplant erstmals auf dem neuen Areal stattfinden konnte. Das ExpoCenter Airport wurde von Ausstellern und den Besucherinnen und Besuchern hervorragend angenommen.

Die Vielzahl der Aussteller sowie der Besucherinnen und Besucher, hervorragende Exponate und Geschäftsabschlüsse unterstrichen erneut die Bedeutung der ILA als internationale Marketingplattform der Spitzentechnologiebranche Luft- und Raumfahrt. Die Hauptstadtregion hat diese Veranstaltung genutzt, um die Position Berlin-Brandenburgs als dritte bedeutende Aerospace-Region in Deutschland zu unterstreichen.

3. Umfeldentwicklung und Dialogforum

Die Zusammenarbeit der zum Flughafenumfeld gehörenden Kommunen und Landkreise, der betroffenen Berliner Bezirke, der Flughafengesellschaft und der betroffenen Ressorts beider Länder im Rahmen des regional geführten Dialogforums Airport Berlin Brandenburg wurde fortgesetzt. Schwerpunkte in den drei Arbeitsgruppen waren weiterhin die Themen Fluglärm bzw. Schallschutz, die kommunalen Planungen sowie der angestrebte Interessenausgleich im Flughafenumfeld. Das 2012 im Auftrag der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg erarbeitete regionalwirtschaftliche Gutachten zu den Auswirkungen des Flughafens BER auf die Kommunen im Flughafenumfeld wurde vom Dialogforum als gute Grundlage für die weitere Diskussion der Möglichkeiten eines solchen Interessenausgleichs angenommen.

Ein Radwegekonzept, Werkstattveranstaltungen zur planerisch-städtebaulichen Entwicklung und Diskurse zum Image der Flughafenregion haben die Position des Dialogforums in der interkommunalen Zusammenarbeit gestärkt. Die Mitwirkung der Ressorts beider Länder (koordiniert durch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung) in den Gremien des Dialogforums ist für die länderübergreifende Abstimmung der Entwicklung ein wichtiger Baustein und wird auch künftig erforderlich sein.

IV. Verkehr

1. Öffentlicher Personennahverkehr

Der länderübergreifende öffentliche Personennahverkehr ist ein auch für die Bürgerinnen und Bürger besonders bedeutsamer Teil der Kooperation beider Länder. Der von den Ländern Berlin und Brandenburg sowie den brandenburgischen Landkreisen und kreisfreien Städte getragene Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) nimmt dabei eine wesentliche Rolle ein. Gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen arbeitet der VBB an einer verbesserten Vernetzung der Verkehrsmittel und der Fortentwicklung des Verbundtarifs; er stellt aktuelle, unternehmensübergreifende Fahrgastinformationen bereit und sichert die Aufteilung der Einnahmen. Zudem unterstützt der VBB die Länder bei der laufenden Debatte um die Revision der Regionalisierungsmittel.

Auch bei der Bewältigung der im Berichtszeitraum andauernden Einschränkungen im S-Bahn-Betrieb hat der VBB wichtige Koordinierungs- und Serviceleistungen erbracht, u.a. bei den seit 2011 regelmäßig stattfindenden Qualitätsgesprächen mit der S-Bahn Berlin GmbH, in denen systematische Leistungs- und Qualitätsprobleme im Verkehrsangebot der S-Bahn Berlin GmbH thematisiert werden (z. B. Fahrzeugprobleme, Einschränkungen aufgrund fehlenden Fahrpersonals, unzureichende Fahrgastinformation). Seit Mitte des Jahres 2013 bedient die S-Bahn Berlin GmbH wieder alle Linien, wenn auch noch nicht mit den vertraglich vereinbarten Kapazitäten. Zudem besteht weiterhin Handlungsbedarf zur Sicherung der Stabilität des Verkehrsangebots, insbesondere auf bestimmten Linien sowie bei winterlichen Witterungsbedingungen.

Für die Analyse und die Verbesserung der künftigen fahrzeug- und infrastrukturseitigen Verfügbarkeiten wurden die Arbeitskreise „Fahrzeuge“ und „Infrastruktur“ Anfang des Jahres

2013 erneut eingesetzt. Beide Arbeitskreise waren zuvor bereits in Folge der Winterprobleme 2010/2011 einberufen worden. In diesen Arbeitskreisen erörtern die Länder, der VBB, die S-Bahn Berlin GmbH und die DB Netz AG gemeinsam mit externen Fachleuten Fragen zur Stabilisierung des Betriebs und den infrastruktur- und fahrzeugseitigen Rahmenbedingungen für einen Weitereinsatz der Fahrzeuge der Baureihen 480 und 485 über das Jahr 2017 hinaus.

Der Verkehrsvertrag mit der S-Bahn Berlin GmbH läuft Ende 2017 aus. Die Vergabe des S-Bahn-Betriebes ab 2018, für den zum Teil noch neues Wagenmaterial entwickelt und beschafft werden muss, hat daher höchste Priorität. Aus Rechtsgründen hat die Vergabe der S-Bahn-Leistungen in Teillosen zu erfolgen. Für das Teillos „Ring“ läuft derzeit das Vergabeverfahren, in dem der VBB die Länder als Vergabebüro unterstützt. Die Frist für die Abgabe von Teilnahmeanträgen endete im Juli 2013. Die qualifizierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer können sich dann an dem anschließenden Verhandlungsverfahren beteiligen. Der Zuschlag soll bis Ende 2014 erteilt werden.

Auch im Regionalverkehr hat der VBB die Länder in zahlreichen Vergabeverfahren unterstützt. Nach dem 2009 abgeschlossenen Vergabeverfahren "Stadtbahn" wurde 2012 der Auftrag für das Netz "Nord-Süd" mit den RE-Linien 3 und 5 erteilt. Dabei konnten auch Verbesserungen bei den Sozialstandards für die Beschäftigten und der Qualität des Verkehrsangebots erreicht werden. Im Jahre 2013 konnte dann der Zuschlag für das Netz „Ostbrandenburg“ erteilt werden. Derzeit läuft das Vergabeverfahren für das Netz „Nordwestbrandenburg“. Weitere kleinere Verträge mit benachbarten Aufgabenträgern sowie die Vergabe für das Netz „Spree-Neiße“ stehen in den kommenden Jahren an.

Die neuen als Bruttoverträge konzipierten Aufträge im Schienenpersonennahverkehr stellen die Länder und den VBB vor große Herausforderungen. Die Weiterentwicklung der Steuerung von Vertrieb und Marketing im Rahmen der Brutto-Verkehrsverträge, die Neukonzeption der Einnahmeverteilung ab 2018 sowie die Vereinbarung und Fortschreibung nachhaltiger Finanzierungsregelungen zwischen den Ländern sind daher Handlungsschwerpunkte der kommenden Jahre.

2. Länderübergreifendes Informations- und Strategiemangement (LISA)

Im Rahmen der Euroregionalen Projekte CENTRICO, CORVETTE, STREETWISE, VIKING wurde 2004 das Projekt „Long Distance Corridors“ gestartet. Mit dem Projekt sollen Ansätze gefunden werden, wie man den Verkehr in Europa länderübergreifend auch über größere Distanzen effizient steuern kann.

Aufbauend auf diesen Grundlagen ist im Rahmen der Initiative „Strategische Anwendungen im Verkehrsmanagement“ ein neuer Korridor Ost geplant. In diesem Projekt sollen Überlastungen von Streckenabschnitten und langandauernde Störungen für den Korridor Ost länderübergreifend mit Hilfe von Netzbeeinflussungsanlagen vermindert werden. Ziel ist die Nutzung der weiträumigen Netzalternativen im Autobahnnetz durch ein koordiniertes Informations- und Strategiemangement der Verkehrsrechnerzentralen der Länder.

Hierfür wurde von Berlin und Brandenburg Ende 2012 ein gemeinsames Rahmenkonzept erarbeitet, in dem die erforderlichen Steuerstrategien und die dazu notwendigen technischen und organisatorischen Voraussetzungen ermittelt wurden.

3. Elektromobilität

Die Bundesregierung hat am 3. April 2012 - neben vier weiteren Anträgen - den gemeinsamen Antrag der Länder Berlin und Brandenburg für das Förderprogramm „Schaufenster Elektromobilität“ ausgewählt.

Berlin verfolgt das Ziel, Leitmetropole der Elektromobilität in Europa und damit ein international sichtbarer Standort für die elektromobile Erprobung und Anwendung zu werden. In der Hauptstadtregion soll die gesamte Wertschöpfungskette der Elektromobilität von der Forschung und Entwicklung über die Produktion bis hin zur Anwendung und Ausbildung abgebildet werden.

Das Land Brandenburg konzentriert seine Beteiligung im Schaufensterprojekt auf die Handlungsfelder Netzmanagement und Pendlerverkehr, in Berlin liegt der Fokus der Forschungs- und Demonstrationsprojekte auf der Elektrifizierung des motorisierten Straßenverkehrs, der Erweiterung der Ladeinfrastruktur und der Vernetzung von Dienstleistungen.

Neben zahlreichen vom Bund geförderten Projekten wird aus Mitteln beider Länder das Projekt „Pedelec-Korridor“ durchgeführt, das auf die Verlagerung von Pendlerverkehren vom Pkw zum Elektro-Zweirad abzielt. Ein das Umland mit Berlin verbindender Korridor zwischen Steglitz-Zehlendorf, Kleinmachnow und Stahnsdorf sowie ein zweiter Korridor tangential zur Landesgrenze zwischen Teltow und Potsdam wurden als Laborraum festgelegt, in dem die Verlagerungspotenziale und die erforderlichen infrastrukturellen Voraussetzungen ermittelt und erprobt werden sollen. Neben den zuständigen Ressorts der Landesregierungen sind die Bezirksverwaltung Steglitz-Zehlendorf sowie die Kommunalverwaltungen von Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf und Potsdam beteiligt

4. Verkehrssicherheit

Die Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg im Bereich der Verkehrssicherheit hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Das gilt vor allem für die Fortschreibung der Verkehrssicherheitsprogramme in Berlin und Brandenburg. Beide Seiten sind in die jeweiligen Arbeitsprozesse und Abstimmungen eingebunden und nehmen an den entsprechenden Konsultationen teil. Publikationen, u.a. zur Schulwegsicherung, werden regelmäßig ausgetauscht; gemeinsame Maßnahmen, zum Beispiel im Bereich der Mobilitäts- und Verkehrserziehung, werden zurzeit geprüft.

V. Landesplanung / Raumordnung

1. Gemeinsames Raumordnungskonzept Energie und Klima für Berlin und Brandenburg

Ergänzend zu den energie- und klimapolitischen Strategien der beiden Länder, die eine Vielzahl gemeinsamer Ziele verfolgen, aber auch die unterschiedlichen Raum- und Siedlungsstrukturen berücksichtigen müssen, erarbeitet die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg als Beitrag der Raumordnung ein Gemeinsames Raumordnungskonzept Energie und Klima für die Hauptstadtregion (GRK). Bisher liegen eine Bestandsanalyse inklusive relevanter Handlungsfelder der Raumordnung sowie gemeinsame Energiebilanzen vor. Ergebnisse eines in zwei beispielhaften Räumen (Prignitz und länderübergreifender Raum Barnim) geführten Dialogprozesses zur Frage, wie Kulturlandschaften im Zeichen der Energiewende und des Klimawandels entwickelt werden können, sollen bis zum Herbst 2014 vorliegen (<http://gl.berlin-brandenburg.de/energie/grk.html>).

Der gesamte Prozess zum GRK verdeutlicht die Notwendigkeit einer engen Kooperation und abgestimmten Vorgehensweise im Bereich Energie und Klima, sowohl auf Länder- als auch auf regionaler Ebene.

2. Ostsee-Adria-Entwicklungskorridor und europäische Raumordnungs- und Verkehrsprojekte

Die Initiative der Länder Berlin und Brandenburg, mit den ostdeutschen Bundesländern die Potenziale des transnationalen Nord-Süd-Entwicklungskorridors zu entwickeln, wird schrittweise fortgeführt. Die von der Europäischen Union geförderten Projekte SoNorA (South-North-Axis), Scandria (Scandinavian Adriatic Corridor) und Transitects (Transalpine Transport Architects), in denen die Hauptstadtregion selbst Lead Partner oder Partner war, wurden erfolgreich abgeschlossen. Der Ostsee-Adria-Korridor bietet schon heute eine zukunftsfähige Alternative zu häufig überlasteten westlicheren Korridoren. Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg besitzt dafür mit ihrer Verkehrsinfrastruktur und einem Netz hochwertiger Logistikstandorte gute Voraussetzungen und kann als europäisches Logistikdrehkreuz positive wirtschaftliche Impulse generieren.

Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde das SCANDRIA®-Add-on Projekt Ilotech unter gemeinsamer Federführung des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt durchgeführt. Gemeinsam mit Produzenten, Logistikern, Transportunternehmen, Verbänden, Politik und Verwaltung wurden durch innovative technologische und operative Konzeptionen für den Transport nicht kranbarer Straßengüterverkehrseinheiten wirtschaftlich attraktive Verlagerungschancen des Straßengüterverkehrs auf die Schiene sowie Standorte, technologische Angebote und Nutzergruppen ermittelt. Davon können insbesondere multimodale Knoten wie die Güterverkehrszentren in der Hauptstadtregion profitieren und mit dem umweltfreundlichen Schienentransport im gesamten Scandria®-Korridor verbunden werden. Im August 2012 wurden im Güterverkehrszentrum Wustermark vor Fachpublikum 2 innovative Verladetechnologien von Rail Cargo Austria vorgestellt.

Durch die Zusammenarbeit mit den Projekten Transbaltic, EastWest II und Coinco-North konnte bis in den Alpenraum hinein eines der größten erfolgreich agierenden Kooperationsnetzwerke seit Auflage der INTERREG-Programme etabliert werden. Es entwickelte sich eine Partnerschaft zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik mit einem ganzheitlichen und gleichzeitig pragmatischen Ansatz aus den Säulen Räumliche Qualität / Wirtschaftliche Impulse / Innovativer Transport und Logistik.

Die politischen Ziele der Berliner Erklärungen 2007 und 2010 konnten in einem Scandria®-Korridor Aktionsprogramm 2012 durch weitere Maßnahmen und Aktionen präzisiert werden. Es wurde ein Partnerschaftsvertrag zwischen verschiedenen Stellen der Hauptstadtregion, der Region Skane und der Region Veneto geschlossen, um für den gesamten Korridor das Projektpaket Scandria II Nord und Scandria II Süd zu entwickeln. Besondere Bedeutung wird dabei der Integration der verschiedenen regionalen Netzwerke und Initiativen und der Verknüpfung der Wirtschaftsakteure zukommen.

Für die gemeinsame Identifikation nach innen und die Imagebildung nach außen wurde der Begriff „Scandria®“ zur Bezeichnung des Nord-Süd-Entwicklungskorridors zwischen Skandinavien und Adria im August 2012 markenrechtlich geschützt.

3. Rail Baltica Korridor für Wachstum (“Rail Baltica Growth Corridor-RBGC“)

Der Rail-Baltica-Initiative haben sich neben der Region Berlin-Brandenburg zahlreiche polnische, litauische, lettische, estnische und finnische Metropolen und Regionen sowie die russische Metropole St. Petersburg (als assoziiertes Mitglied) in einem Wachstumsbündnis angeschlossen. Ziel ist es, durch Verbesserung der Erreichbarkeit auf der Schiene und durch eine enge Zusammenarbeit im Bereich Logistik und Tourismus einen neuen Ost-West-Korridor zu entwickeln, der von Berlin über Warschau, Kaunas, Riga nach Tallin (mit Anschluss nach Helsinki) führt. Die Aktivitäten werden von der EU-Kommission und dem

Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments unterstützt. Die EU-Kommission beabsichtigt, diesen für die Entwicklung der Europäischen Union wichtigen Korridor bis zu den Nordseehäfen weiterzuentwickeln.

Ziel des Logistiknetzwerks Brandenburg ist es, die Logistikzentren zu vernetzen, Teile der Güterströme aus den nordöstlichen Wachstumsregionen des Ostseeraums auf die Schiene zu verlagern und die Logistikzentren der Region zu „Schienehäfen“ mit Wertschöpfung zu entwickeln. Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg entwickelt zur Unterstützung des Schienenpersonenverkehrs ein Fahrplaninformationssystem entlang des gesamten Korridors. Auf der Berliner Abschlusskonferenz des EU-Projektes RBGC vom 13.-15. Juni 2013 wurden die Engpässe im Schienennetz zwischen Berlin und Kaunas herausgearbeitet, das zukünftig den Anforderungen eines Transeuropäischen Schienenvorrangkorridors genügen sollte. Die EU-Kommission unterstützt die Forderung aller Großstädte und Regionen entlang der Rail Baltica, die zukünftige Hochgeschwindigkeitsstrecke Warschau-Lodz-Posen („Y-Projekt“) bis nach Berlin zu verlängern und so eine wichtige Lücke im europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz zu schließen.

4. Neuausrichtung der Transeuropäischen Verkehrsnetze

Im Zuge der Neuausrichtung der Transeuropäischen Verkehrsnetze der Europäischen Union hat die Hauptstadtregion in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und dem Netzwerk der INTERREG-Projekte die Verknüpfung der bisherigen vorrangigen Transeuropäischen Verkehrsachse 1 (Berlin-Palermo) über München/Nürnberg und der Achse 22 über Berlin und weiter über Rostock mit dem Nordischen Dreieck erreicht. Darüber hinaus konnte die anfänglich noch fehlende Verbindung Berlin-Stettin im Rahmen der sog. Trilog-Verhandlungen (zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission) im Mai 2013 ergänzend in das Kernnetz der Transeuropäischen Verkehrsnetze aufgenommen werden. Die Hauptstadtregion ist damit Kreuzungspunkt dreier europäischer Kernnetzkorridore. Die neue EU-Verordnung über Leitlinien der Union für den Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes wird offen sein für die Beteiligung von Regionen und wirtschaftlichen Akteuren.

Auch im neuen „Scandinavian-Mediterranean Transport Corridor“ ist die Hauptstadtregion angemessen positioniert und hat die Chance, direkt zusätzliche vorbereitende und investive Mittel für geeignete Infrastrukturvorhaben zu generieren.

VI. Zusammenarbeit mit Polen

1. Politische Koordinierung

Die intensive Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Polen bildet weiterhin einen zentralen Bestandteil der internationalen Aktivitäten der Länder Berlin und Brandenburg. Über die persönlichen Begegnungen von Mitgliedern der Landesregierungen mit den entsprechenden polnischen Partnern hinaus arbeiten beide Landesregierungen in verschiedenen politischen Gremien und Fachgremien eng mit dem Nachbarland zusammen. Ihre gemeinsamen Interessen bringen Berlin und Brandenburg auch in die Deutsch-Polnische Regierungskommission und insbesondere den Ausschuss für grenznahe Zusammenarbeit ein, dessen deutscher Co-Vorsitz bei Brandenburg liegt.

Im Rahmen des interregionalen Netzwerkes der Oder-Partnerschaft kooperieren beide Länder seit dem Jahr 2006 mit sechs weiteren regionalen Partnern auf deutscher und polnischer Seite in verschiedenen Themenfeldern. Das letzte politische Spitzentreffen im November 2012 in Greifswald würdigte die Oder-Partnerschaft als ein Netzwerk, das neue

Ideen und Projekte auf multilateraler Ebene entwickelt und umgesetzt. Politische Unterstützung fanden u.a. das Ziel einer gemeinsamen touristischen Vermarktung der Region, der Aufbau eines Netzwerkes der Archive sowie die engere Kooperation im Bereich Wissenschaft und Forschung. Eine Öffnung der Strukturfonds für transnationale Projekte, mit denen neue Perspektiven für die Oderregion geschaffen werden, wurde ausdrücklich begrüßt. Eine gute grenzüberschreitende Vernetzung und Erreichbarkeit wird als zentrale Voraussetzung für die Entwicklung der Region gesehen. Insbesondere im Bereich des Schienenverkehrs bestehen hier noch deutliche Defizite.

Neben den alle zwei Jahre stattfindenden politischen Spitzentreffen stimmen sich die beiden Länder zu den Themen der Oder-Partnerschaft regelmäßig im Rahmen der sog. Lenkungsrunde ab, die 3-4-mal im Jahr auf Arbeitsebene tagt.

Zu grenzüberschreitenden raumordnerischen und regionalplanerischen Fragen handeln die Länder über die Gemeinsame Landesplanungsbehörde. So wurde gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern und dem Raumplanungsbüro der Wojewodschaft Westpommern im November 2012 das von polnischer Seite initiierte und von einer gemeinsamen deutsch-polnischen Steuerungsgruppe geleitete Projekt einer grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin gestartet. Der erreichte Zwischenstand wurde anlässlich der V. Raumordnungskonferenz am 21. November 2013 in Stettin vorgestellt. Zu den 4 Themenbereichen „Lage am Wasser“, „Funktion der Städte und Gemeinden“, „Menschen, Kultur, Sprache, Arbeit“ sowie „Erneuerbare Energien“ wurden Zielstellungen und Vorschläge für Leitprojekte entwickelt. Ein von den zuständigen Ressorts in Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sowie dem Vizemarschall der Wojewodschaft Westpommern unterzeichnetes Kommuniqué verleiht der Weiterarbeit am gemeinsamen polnisch-deutschen Konzept für die grenzüberschreitende Metropolregion Stettin politische Unterstützung. Als Ausdruck der Idee einer gemeinsamen Metropolregion Stettin wurde das Logo „Szczecin – Cross-border Metropolitan Region“ angenommen.

2. Verkehr

Die Länder Berlin und Brandenburg haben sich auf ein gemeinsames Konzept für die zukünftige Führung des Fernverkehrs Berlin-Breslau geeinigt, das auch vom Freistaat Sachsen, der Wojewodschaft Niederschlesien, der Stadt Breslau und der polnischen Bahngesellschaft PKP Intercity mitgetragen wird und zu einer erheblichen Verkürzung der Fahrzeit zwischen Berlin, Cottbus und Breslau führen soll. Gegenüber dem Bundesverkehrsminister wurde um Unterstützung der Konzeption geworben.

Hinsichtlich Ausbau und Elektrifizierung der Strecke Berlin-Stettin hat der gemeinsame Einsatz der Länder Berlin und Brandenburg gegenüber der Bundesregierung zur Aufnahme des Projekts in den Investitionsrahmenplan des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung geführt. Im Dezember 2012 wurde der für die Umsetzung notwendige Staatsvertrag durch die Verkehrsminister von Polen und Deutschland unterzeichnet.

Seit dem Frühjahr 2013 hat sich auch die Zusammenarbeit zwischen dem deutsch-polnischen Netzwerk der Kommunen und Wirtschaftsverbände längs der Ostbahn und der Oder-Partnerschaft intensiviert. Die Initiative strebt die rechtliche Form eines Europäischen Zweckverbandes für 2014 an. Ein wichtiges gemeinsames Ziel ist die Realisierung von umsteigefreien Bahnverbindungen von Berlin nach Gorzów.

Es wurde darüber hinaus verabredet, dass die operativen Arbeiten des Runden Tisches Verkehr zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen fortgesetzt werden sollen. Dies geschieht seit Anfang 2011 unter der Koordinierung des Verkehrsverbundes Berlin Brandenburg (VBB). Im Rahmen einer deutsch-polnischen

Konferenz am 2. September 2011 in Berlin initiierte der VBB ferner das „Bündnis zum Ausbau grenzüberschreitender Eisenbahnverkehre Westpolen-Ostdeutschland“ im Rahmen der Oder-Partnerschaft.

3. Wissenschaft

Die auf dem Spitzentreffen der Oder-Partnerschaft am 27.10.2010 in Stettin verabschiedete „Erklärung der Hochschulen im Gebiet der Oder-Partnerschaft zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und Forschung“ trägt weitere Früchte: Das im Jahr 2011 an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) gegründete Zentrum für interdisziplinäre Polenstudien ist in der wissenschaftlichen Fachwelt inzwischen etabliert. Die am Zentrum eingerichtete Online-Plattform Polenstudien.Interdisziplinär hat sich bereits nach kurzer Zeit zu einem nachgefragten Portal für den internationalen Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entwickelt und befindet sich auf dem besten Wege zu einer zentralen nationalen und internationalen Vernetzungsstelle im Bereich der Polenstudien. Brandenburg unterstützt die Entwicklung des Zentrums mit der Anschubfinanzierung einer Professur für interdisziplinäre Polenstudien.

VII. Zusammenarbeit im Bereich der Europapolitik

1. Zukunft der Kohäsionspolitik

Beide Landesregierungen waren im Berichtszeitraum intensiv mit der Vorbereitung der nächsten EU-Finanzplanungsperiode 2014 bis 2020 befasst.

Die Verordnungen zu den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds wurden im Dezember 2013 verabschiedet. Damit liegen nunmehr die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Förderperiode 2014-2020 vor. Seit Januar 2014 besteht auch Klarheit über die innerdeutsche Mittelverteilung.

Auf Berlin entfallen 850.301.615 €, davon auf den EFRE 635.213.023 € und auf den ESF 215.088.592 €. Das bedeutet eine erhebliche Kürzung (Mittelausstattung 2007-2013 für EFRE 875,6 Mio. €, für ESF 335,7 Mio. €), die aber insbesondere beim ESF weniger drastisch ausfiel als lange Zeit befürchtet. Brandenburg erhält in der Förderperiode 2014-2020 insgesamt rund 1,208 Mrd. EUR; davon entfallen 845,6 Mio. EUR auf den EFRE und 362,4 Mio. EUR auf den ESF; gegenüber 2007-2013 steht damit nur gut die Hälfte der bisherigen Mittelausstattung zur Verfügung.

Der bereits im August 2013 vom Bund an die Europäische Kommission übermittelte Entwurf einer Partnerschaftsvereinbarung wurde in der Zwischenzeit mehrfach verhandelt und überarbeitet. Dies wirkte sich auch auf die Entwürfe der Operationellen Programme in Berlin und Brandenburg aus, im EFRE etwa in Form einer Einschränkung der thematischen Ziele (z.B. keine Straßenbauförderung, Breitbandförderung oder Förderung von Abwassermaßnahmen). Für den ESF ist wesentlich, dass die in der Partnerschaftsvereinbarung darzustellende Kohärenz von Bundes- und Landesförderungen als - derzeit - weitgehend abgeschlossen bezeichnet werden kann.

Die Operationellen Programme werden in beiden Ländern im I. Quartal 2014 den Kabinetten zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Entwürfe wurden abgestimmt um sicherzustellen, dass übergreifende Projekte und Strukturen reibungslos umgesetzt werden können. Dies betrifft in besonderem Maße die Planungen zur Innovationsförderung, die auf der gemeinsamen Innovationsstrategie innoBB beruhen.

Die Zusammenarbeit beider Länder in diesem Bereich ist auch auf das Interesse der polnischen Nachbarregionen gestoßen. Sie sind zum einen an den Erfahrungen interessiert, die Berlin und Brandenburg in ihrer Kooperation gewinnen konnten. Zum anderen geht es auch um Mechanismen, welche die Zusammenarbeit in der kommenden Förderperiode ermöglichen bzw. erleichtern sollen. 2012 und 2013 haben dazu zwei Workshops mit Beteiligung deutscher und polnischer Regionen vorrangig aus dem Raum der Oder-Partnerschaft stattgefunden. Die Gespräche werden derzeit auf bilateraler Ebene fortgeführt.

2. Zusammenarbeit der Länderbüros in Brüssel

Die Zusammenarbeit der beiden Länderbüros in Brüssel war wie in den Vorjahren eng und vertrauensvoll. Beide Länderbüros sorgen durch die gegenseitige Abstimmung für ein kohärentes Auftreten der deutschen Hauptstadtregion gegenüber den europäischen Institutionen, Partnerregionen und den in Brüssel ansässigen Interessenvertretungen.

Am 30. Mai 2012 präsentierte die Hauptstadtregion unter aktiver Mitwirkung beider Länderbüros die Potenziale des Gesundheitsclusters im Rahmen des Dialogforums „Improving Health for the Ageing Society“. In den verschiedenen Workshops und Gesprächen mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission und anderer europäischer Regionen konnten wichtige Anliegen der öffentlichen und privaten Gesundheitsakteure aus der Hauptstadtregion vermittelt werden und die Netzwerkkontakte ausgebaut und vertieft werden. Gleichermäßen erfolgreich war der am 6. November 2012 in Brüssel abgehaltene und von beiden Länderbüros unterstützte Expertendialog zur Zukunft der europäischen Mobilität und den Fördermöglichkeiten, die sich hierfür aus dem neuen (8.) Forschungsrahmenprogramm („Horizon 2020“) ergeben.

Ein wesentliches Anliegen der beiden Länderbüros war es, Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments über die Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg innoBB zu informieren und zu eruiieren, wie die Potenziale dieser Strategie durch administrative Maßnahmen seitens der EU sowie die Beteiligung an EU-Programmen noch besser realisiert werden können. So wurde im Rahmen einer von den Büros initiierten und organisierten Fachtagung mit Fondsverwaltern, Kommissionsmitarbeitern und Europaabgeordneten erfolgreich dafür geworben, bei den neuen Strukturfondsverordnungen für die Förderperiode 2014-2020 eine Landesgrenzen übergreifende Kooperation künftig zu erleichtern.

Zwischen den Landesverwaltungen in Berlin und Potsdam findet ein regelmäßiger Austausch über aktuelle europabezogene Maßnahmen beider Länder im Rahmen der jeweiligen Sitzungen der EU-Referentinnen und -referenten statt.

VIII. Bauwesen

Die Obersten Bauaufsichtsbehörden beider Länder haben auf der Grundlage der von der Bauministerkonferenz 2012 beschlossenen Musterbauordnung erstmals eine weitreichende Angleichung der materiellen Vorschriften der Landesbauordnungen abgestimmt. Ziel sind gleiche bauordnungsrechtliche Regelungen für den gemeinsamen Wirtschaftsraum.

Ferner wurde nach Verständigung der Obersten Bauaufsichtsbehörden beider Länder bei der Brandenburgischen Ingenieurkammer (BBIK) ein gemeinsamer Ausschuss für die Anerkennung von Prüfsachverständigen für energetische Gebäudeplanung eingerichtet, der die Fachgutachten im Rahmen des Anerkennungsverfahrens erstellt. Dafür wurde der bei der BBIK bereits existierende Prüfungsausschuss um Berliner Mitglieder erweitert. Beide Länder betreiben (mit weiteren Ländern) die gemeinsame Durchführung des Anerkennungsverfahrens für Prüferingenieurinnen und Prüferingenieure (Standesicherheit und Brandschutz).

IX. Natur- und Umweltschutz

1. Luftqualität und Maßnahmenplanung - Verwaltungskooperation zur Analyse des Einflusses der Holzverbrennung auf die Feinstaubkonzentration in Berlin und Brandenburg anhand des Tracers Levoglucosan

Gegenstand der im Dezember 2012 abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung ist die Untersuchung zum Anteil der Holzfeuerung aus verschiedenen stationären Quellen an der Feinstaubbelastung in beiden Ländern. Der Nachweis von Levoglucosan auf Feinstaub-Filterproben wird dazu als geeignetes Mittel angesehen. Das Ziel besteht darin, Informationen zur Höhe des Verursacheranteils von Holzfeuerungen und Hausbrand an den Feinstaubkonzentrationen zu erhalten und eine statistisch belastbare Aussage über den Anteil der Quelle „Holzverbrennung“ an der Überschreitungshäufigkeit des Tagesmittelgrenzwertes von Feinstaub (PM10) treffen zu können. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für ein verursachergerechtes und optimiertes Vorgehen der Luftreinhalteplanung beider Länder. Das Projekt wird gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Risikobewertung durchgeführt, das die Analytik und die Interpretation der Messwerte ausführt.

Im August 2013 wurden erste Ergebnisse vorgestellt. Es hat sich gezeigt, dass die Holzverbrennung länderübergreifend im Winter stark zu erhöhten PM10-Konzentrationen beiträgt. Die Verwaltungsvereinbarung wurde daraufhin bis August 2014 verlängert, um den Einfluss auf die Häufigkeit der Überschreitungstage statistisch robuster zu untersuchen.

2. länderübergreifendes Naturschutzprojekt im Naturpark Barnim – Rieselfeldlandschaft Hobrechtsfelde

Seit Mitte 2011 läuft das größte deutsche Waldweideprojekt „Rieselfeldlandschaft Hobrechtsfelde“ als Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben am nördlichen Stadtrand Berlins auf Berliner und Brandenburger Flächen. Es ist Teil des 75.000 ha großen länderübergreifenden Naturparks Barnim. Ziel des Projektes ist es, durch extensive Beweidung einen in Deutschland extrem seltenen Landschaftstyp, die halboffene Waldlandschaft, zu entwickeln. Die Beweidungskulisse umfasst 9 Einzelflächen und ca. 830 ha aus einem Mosaik von Hochwaldflächen, halboffenen Waldflächen, offenen Wiesenflächen, Hochstaudenfluren, Feuchtgebieten sowie Trockenstandorten. Eingesetzt werden hier seit 2011 vor allem robuste Rinderrassen mit einer Besatzdichte von etwa 0,2 Großvieheinheiten pro Hektar sowie Wildpferde.

Grundsätzlich soll das Projekt die Walderhaltung sichern. Im Fokus der Untersuchung stehen Ziele sowohl des Naturschutzes als auch der Forstwirtschaft. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Vorhabens ist die Verzahnung von Erholungsnutzung und Naturschutz. Ein umfangreiches Wegesystem für verschiedene Nutzergruppen wurde instandgesetzt und ausgeschildert. Seit April 2013 hat das Besucherzentrum „Gut Hobrechtsfelde“ geöffnet. Es bildet mit Schaugehegen und einer Ausstellung den zentralen Anlaufpunkt für das Gebiet, das sich zu einem der beliebtesten Ausflugsziele Berlins entwickelt. Die vorgesehenen Maßnahmen werden durch begleitende wissenschaftliche Untersuchungen der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde evaluiert.

Zu den Projektpartnern zählen die Berliner Forsten, das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg mit der Naturparkverwaltung Barnim, die Agrar GmbH Hobrechtsfelde, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, die Berliner Stadtgüter GmbH, der Landkreis Barnim, der Berliner Bezirk Pankow, die Gemeinden Wandlitz und Panketal, die Stadt Bernau, Berliner und Brandenburger Naturschutzverbände, die Wohnungsbaugenossenschaft Bremer Höhe, Berliner und Brandenburger Hochschulen sowie Fachleute für umweltbezogene Planungen und regionale Tourismusanbieter.

Das Bundesamt für Naturschutz stellt für dieses Vorhaben insgesamt rund 1,7 Mio. € aus Mitteln des Bundesumweltministeriums zur Verfügung. Weitere Förderer sind die Stadt Berlin mit mehr als 700.000 €, die Stiftung NaturSchutzFonds Brandenburg mit 300.000 € und der Landkreis Barnim mit 50.000 €. Der Förderverein Naturpark Barnim e. V. bringt Eigenmittel in Höhe von 120.000 € in das Vorhaben ein.

X. Verbraucherschutz

Landeslabor Berlin-Brandenburg

Die Länder Brandenburg und Berlin bedienen sich bei den Laboruntersuchungen auf den Gebieten des Verbraucherschutzes, Gesundheitsschutzes, Umweltschutzes, der Landwirtschaft und Geologie des gemeinsamen Landeslabors Berlin-Brandenburg, einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Die erneute Akkreditierung im Juli 2013 (für die nächsten fünf Jahre) durch die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH bestätigte die fachliche Qualität der Einrichtung.

Zum 1. Januar 2013 wurde durch das Landeslabor eine einheitliche Preisliste für alle Leistungen in Kraft gesetzt. Auf dieser Basis werden die Aufträge der Länder seit Januar 2013 verursachungsgerecht abgerechnet. Für 2011 und 2012 erfolgt auf der Grundlage der Leistungsabrechnung 2013 eine grobe Nachberechnung. Durch die Zusammenlegung konnten Synergieeffekte erzielt werden. Eine Finanzierungsvereinbarung der beiden Trägerländer für die Jahre 2014 bis 2018 trat zum 1. Januar 2014 in Kraft. Damit ist die Finanzierung des Landeslabors langfristig gesichert und es besteht Planungssicherheit, um die wichtige Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger fortzusetzen.

XI. Arbeit

1. Zusammenarbeit im Bereich der Berufsausbildung und Fachkräftesicherung

Mit dem Ziel einer effektiven und koordinierten Fachkräftesicherung für die Wirtschaftsregion kooperieren der „Berliner Lenkungsreis für Fachkräftesicherung“ und das „Brandenburger Bündnis für Fachkräftesicherung“. Beide Gremien haben inzwischen mehrfach unter gegenseitiger Beteiligung getagt. Auch die Landesausschüsse für Berufsbildung tagten im August 2012 gemeinsam. In einem gemeinsamen Workshop 2013 wurden die Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit in folgenden Bereichen erörtert:

- Intensivierung der schulischen Berufsorientierung
- Erhöhung des Angebots betrieblicher Ausbildungsplätze durch Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung von Unternehmen
- Verbesserung der Ausbildungsplatzvermittlung durch länderübergreifende Reduzierung von Mismatch-Problemen und durch länderübergreifend angebotene Beschulungslösungen sowie
- Stärkung der Ausbildungserfolge von Auszubildenden und ihrer Übernahme in reguläre Beschäftigung.

2. Weiterbildungsdatenbanken

Das gemeinsame Suchportal der Weiterbildungsdatenbanken beider Länder, ein Kooperationsvorhaben zwischen der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und dem Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, wurde

weiter verbessert. Es kann in ca. 30.000 Bildungsangeboten von 1.000 Anbieterinnen und Anbietern an über 2.500 Veranstaltungsorten der Region Berlin-Brandenburg recherchiert werden. Täglich aktualisierte Bildungsangebote aus allen Branchen und Berufen - von kurzen Fortbildungsseminaren über die Kombination aus E-Learning-Modulen und Präsenzphasen bis hin zu längerfristigen Umschulungen - stehen zur Verfügung.

Um unter der Vielzahl der Weiterbildungsangebote den am besten geeigneten Kurs zu finden, bietet das gemeinsame Suchportal einen besonderen Service: Gut und sehr gut beschriebene Angebote bezüglich Inhalt, Abschluss, Preis, Dauer, Ort und möglicher Förderung der Veranstaltung werden durch blaue und gelbe Sterne gekennzeichnet und bei gleicher Relevanz vor den weniger ausführlich beschriebenen Kursen angezeigt. Im Sommer 2013 wurde die semantische Suche, das Web 3.0, eingeführt. Dabei wird der Suchbegriff über eine Ontologie mit weiteren Suchbegriffen verknüpft und inhaltlich zugeordnet. Das Ergebnis eines Suchvorgangs wird durch synonyme und verwandte Begriffe erweitert. Durch die höhere Übereinstimmung mit dem Suchbegriff sparen die Nutzerinnen und Nutzer Zeit. Vor allem Menschen mit Problemen in der deutschen Sprache werden dieses Vorgehen zu schätzen wissen. Das System befindet sich zurzeit in der Testphase. Geplant ist auch eine Anwendungssoftware (App) für mobile Endgeräte.

3. Onlinegestütztes Antragsverfahren Bion zur Bildungsfreistellung/ Bildungsurlaub

Nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz bzw. dem Berliner Bildungsurlaubsgesetz haben alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Teilnahme an bestimmten Bildungsveranstaltungen Anspruch auf bezahlte Freistellung. Zur Bearbeitung von Anträgen auf Anerkennung solcher Bildungsveranstaltungen wird eine Software benötigt. Berlin nutzt seit 2010 die onlinegestützte Software Bion, die folgende Module umfasst:

- Onlineantragsverfahren
- internes Antragsbearbeitungsverfahren
- Onlinestatistikmodul.

Die Regelungen zur Bildungsfreistellung in Brandenburg sind an die Berliner Regelungen angelehnt. In Berlin anerkannte Veranstaltungen für berufliche und politische Bildung werden auch in Brandenburg anerkannt. Aufgrund der positiven Erfahrungen hat die Anerkennungsbehörde des Landes Brandenburg die Software im Frühjahr 2013 ebenfalls implementiert.

4. Arbeitsschutz

Auf der Grundlage einer im Jahr 2005 abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung stimmen sich die Arbeitsschutzverwaltungen Berlins und Brandenburgs zu wesentlichen, den Arbeitsschutz und die technische Sicherheit betreffenden Angelegenheiten regelmäßig ab. Gemeinsam wurde beschlossen, die bestehenden Kooperationsfelder weiter zu intensivieren. Beide Seiten einigten sich darauf, die Kooperation auf den Feldern Aus-/Fortbildung und IT-Systeme zu vertiefen und dabei auch die weiteren in der Kooperationsvereinbarung beschlossenen Projekte fortzuführen.

XII. Bildung

1. Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM)

Das LISUM, eine nachgeordnete Behörde im Geschäftsbereich des Brandenburger Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, unterstützt seit 2007 durch seine Projekte die

bildungspolitischen Maßnahmen zur qualitativen Weiterentwicklung des Bildungswesens in Berlin und Brandenburg.

Besondere Schwerpunkte liegen derzeit in folgenden Bereichen:

- Qualifizierung von schulischen Führungskräften, insbesondere von Schulleitungspersonal. Diese erfolgt für beide Länder nach einem einheitlichen Konzept. Um dem großen Bedarf an Schulleitungsnachwuchs gerecht zu werden, finden insbesondere umfangreiche gemeinsame Vorbereitungskurse für Personen statt, die eine Leitungsfunktion anstreben. Die Qualifizierung von Personen für die Unterstützungssysteme von Schulen beider Länder findet gemeinsam nach einem bedarfsorientierten modularen System statt.
- Erarbeitung neuer Rahmenlehrpläne für die Grundschule und die Sekundarstufe I. Erarbeitet werden 28 Fachpläne, die gegenüber den bisher gültigen Plänen stärker den Aspekt heterogener Lerngruppen berücksichtigen sollen, um so auch den Anforderungen der Inklusion gerecht zu werden. Sie sollen die Lebens- und zukünftige Berufswelt der Kinder und Jugendlichen berücksichtigen, kompetenz- und handlungsorientiert sein und stoffliche Überfrachtung vermeiden. Sowohl im Verfahren der Erteilung gemeinsamer Prüfungsarbeiten als auch bei der Rahmenlehrplanentwicklung soll die Vergleichbarkeit der Anforderungen in beiden Ländern deutlich gemacht werden. Darüber hinaus soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass ein gemeinsames Landesinstitut nur dann synergetisch arbeiten kann, wenn beide Länder in ihren bildungspolitischen Zielsetzungen stärker kooperieren. Die Fertigstellung ist bis zum Beginn des Schuljahres 2015/16 geplant.
- Projektmanagement für die Entwicklung gemeinsamer Prüfungsaufgaben für Berlin und Brandenburg im Zentralabitur in den Fächern Deutsch, Englisch, Französisch, Mathematik sowie für den Mittleren Schulabschluss in Berlin und den Abschluss „Fachoberschulreife“ in Brandenburg in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch. Erstmals ab 2014 werden für Berlin und Brandenburg auch gemeinsame Prüfungsaufgaben am Ende der Jahrgangsstufe 10 für den Abschluss "Erweiterte Berufsbildungsreife" entwickelt.

Brandenburg hat sich Berlin auch bei der Überprüfung der Lernausgangslage in der Jahrgangsstufe 7 angeschlossen. Seit dem Schuljahr 2008/09 führt auch Brandenburg diese Überprüfung durch. Zu Beginn des 7. Jahrgangs können Lehrkräfte in beiden Ländern den Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik (in Berlin auch in Französisch) erfassen und diagnostische Maßnahmen zur individuellen Förderung ergreifen.

Am LISUM ist der Bildungsserver Berlin-Brandenburg (bbb) angebunden. Diese Informations-, Kommunikations- und Kooperationsplattform für schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen erfreut sich wachsender Beliebtheit mit rund 130 Mio. Zugriffen im Jahr 2013. Die Inhalte sowie Dienste und Anwendungen bedienen einerseits länderspezifische Besonderheiten; andererseits ist der Großteil des Angebots integrativ für Fachkräfte beider Länder in der Bildungsregion Berlin-Brandenburg ausgerichtet.

Neu aufgenommen in das Angebot wurden die Fachbriefe für Lehrkräfte Berliner Schulen. Diese sind mit ihrem Inhaltsverzeichnis erfasst, so dass eine gezielte Online-Recherche in den Fachbriefen möglich ist. Ein Newsletter-Service informiert fachbezogen über neu eingestellte Fachbriefe. Ein ähnlich gelagertes Angebot für das Land Brandenburg ist in Planung. Für die Suche nach unterrichtsrelevanten Materialien über mehrere Bildungsserver

der Bundesländer und den Deutschen Bildungsserver hinweg wurde die Schnittstelle „Elixier“ realisiert. Des Weiteren wurde ein Portal zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe in Berlin aufgebaut. In Bezug auf die Lernortdatenbank kooperiert der bbb über eine Schnittstelle mit der Plattform Kulturelle Bildung des Landes Brandenburg und brandenburgische Lernorte werden auf der Plattform „edugis“ auch geografisch dargestellt. Themenschwerpunkte gab es u. a. zum 75. Jahrestag der Novemberpogrome sowie zum 80. Jahrestag der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Die Arbeiten an den neuen gemeinsamen Rahmenlehrplänen Online für die Klassenstufen 1-10 beider Länder haben begonnen.

2. Integrative Beschulung / Inklusion

In den Ländern Brandenburg und Berlin wurden in der Vergangenheit Handreichungen bzw. Leitfäden entwickelt, die eine Standardisierung der sonderpädagogischen Diagnostik zum Ziel hatten. Dazu wurden in beiden Ländern förderschwerpunktspezifische Arbeitsgruppen gebildet. In Fachgesprächen dieser Arbeitsgruppen ging es um die Austausch grundsätzlicher Aussagen zu den Förderschwerpunkten und um die Herangehensweise, das Verfahren der sonderpädagogischen Diagnostik standardisiert zu gestalten.

3. Gastschülerabkommen

Berlin und Brandenburg haben am 27. Juni 2013 ein neues Gastschülerabkommen für Schulen in öffentlicher Trägerschaft beider Länder abgeschlossen, da das geltende Gastschülerabkommen am 31. Dezember 2013 ausgelaufen ist. Das Gastschülerabkommen regelt die Voraussetzungen, unter denen ein Schulwechsel an eine öffentliche Schule des jeweils anderen Landes möglich ist.

Das neue Abkommen greift in den Grundzügen die bisherigen Regelungen auf. Wichtigste Änderung ist die Neuregelung des Finanzausgleichs, den Brandenburg an Berlin zahlt, da mehr Brandenburger Schülerinnen und Schüler Berliner Schulen besuchen als umgekehrt. Die Länder haben sich auf ein Verfahren verständigt, das flexibler und unbürokratischer als bisher auf schwankende Schülerzahlen reagiert und einen automatischen Ausgleich für Kostensteigerungen vorsieht. Im Jahr 2014 erhält das Land Berlin vom Land Brandenburg einen Pauschalbetrag in Höhe von 8 Mio. €. In den Folgejahren kann dieser Betrag höher oder niedriger sein, je nachdem, wie sich die Schülerzahlen in beiden Ländern entwickeln.

XIII. Gemeinsame Wissenschaftsregion

Die Beziehungen und Kooperationen zwischen Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen in der gemeinsamen Wissenschaftsregion Brandenburg-Berlin entwickeln sich intensiv und nachhaltig. Dies gilt beispielsweise für die Kooperationen bei Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs in der allgemeinen Programmförderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, aber vor allem im Rahmen des Wettbewerbs zur 2. Programmphase der Exzellenzinitiative. Hier wurden die Förderlaufzeiten von Exzellenzclustern mit Berliner und Brandenburger Beteiligung wie UniCat (3 Berliner Universitäten und Universität Potsdam) oder Topoi (Partner u.a. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften) verlängert. Auch am neu bewilligten Exzellenzcluster Bild Wissen Gestaltung ist ein in Brandenburg ansässiges Max-Planck-Institut beteiligt. Weiterhin sind brandenburgische Einrichtungen an der erfolgreich fortgesetzten Berlin-Brandenburg School for Regenerative Therapies und an drei neu bewilligten Graduiertenschulen beteiligt (Berliner Graduiertenschule für Integrative Onkologie, Graduiertenschule für Analytical Sciences Adlershof und Helmholtz-Gradschool für Macromolecular Bioscience). Bei allen Fortsetzungs- und Neuanträgen, die 2012 erfolgreich an der Endrunde der Exzellenzinitiative teilgenommen haben, kann die Zusammenarbeit zumindest bis 2017 fortgesetzt werden.

Die Erarbeitung der im März 2013 verabschiedeten „Hochschulentwicklungsplanung des Landes Brandenburg bis 2025“ erfolgte maßgeblich auf der Grundlage von Arbeitsergebnissen einer externen Hochschulstrukturkommission, an der auch Berliner Expertinnen und Experten beteiligt waren. Die Hochschulentwicklungsplanung ist so ausgerichtet, dass sie den Potenzialen der Wissenschaftslandschaft Berlin-Brandenburg optimal Rechnung trägt. Sie orientiert sich mit Blick auf die wirtschaftlichen Effekte an der Clusterpolitik im Rahmen der gemeinsamen Innovationsstrategie, strebt den Ausbau der Vernetzung zwischen den Hochschulen und der außeruniversitären Forschung in Brandenburg und Berlin an (ein gelungenes Beispiel hierfür ist das Potsdam Research Network „pearls“) und sie setzt auf die weitere Optimierung der Ergebnisse der Bologna-Reform, vor allem auch hinsichtlich der Durchlässigkeit zwischen Hochschulen und Hochschultypen.

Der Hochschulbesuch durch junge Studierende im jeweils benachbarten Bundesland weist weiterhin hohe Dynamik auf. Zwischen den Studentenwerken wird eine engere Zusammenarbeit angestrebt. Zwischen dem Studentenwerk Berlin und dem Studentenwerk Potsdam wird derzeit verhandelt, dass Studierende aus dem Einzugsbereich des einen Studentenwerks an der vergünstigten Mensaversorgung des jeweils anderen Studentenwerks teilnehmen können. Die rechtlichen Rahmenbedingungen in Brandenburg sind gegeben; ob in Berlin eine Änderung des Studentenwerkgesetzes erforderlich ist, wird derzeit geprüft.

Die Charité-Universitätsmedizin Berlin setzt die bewährte Kooperation mit brandenburgischen Kliniken im Rahmen der Ausbildung der Medizinstudierenden fort. In 2013 wurden nach einer Evaluation und durch die Änderung der Approbationsordnung neue Verträge zwischen der Charité und den Lehrkrankenhäusern ausgehandelt. Die praktische Ausbildung Studierender an brandenburgischen Krankenhäusern ist für beide Seiten, sowohl für die Studierenden als auch für die Ausbildungsstätten, wichtig. Den Studierenden stehen derzeit zwölf Kliniken in Brandenburg für das sog. Praktische Jahr, dem letzten Jahr des Medizinstudiums, zur Verfügung. Daneben beteiligen sich noch vier Arztpraxen in Brandenburg an der Ausbildung. Mit der Kooperation sind Erwartungen verknüpft, dass die Zusammenarbeit auch in der Zukunft die medizinische Fachkräfteversorgung für die gesamte Region Berlin-Brandenburg sichert.

Die Forschungseinrichtungen und Hochschulen der Länder Berlin und Brandenburg arbeiten in vielfältigen Formen zusammen, etwa im Rahmen von Forschungsprojekten, durch Ausrichtung gemeinsamer Veranstaltungen oder beim Austausch von Informationen. Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften veranstaltete im Juni 2013 eine Tagung zum Thema „Der europäische Forschungsraum“, auf der Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen mit Expertinnen und Experten die Herausforderungen (offener Arbeitsmarkt in der Forschung, Open Access, Genderforschung) für die Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg diskutierten.

Beispielhaft genannt sei auch ein im März 2013 geschlossener Kooperationsvertrag zwischen dem Berliner Naturkundemuseum und dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung; Thema sind z.B. die Auswirkungen von Landnutzungsänderungen auf die biologische Vielfalt.

Eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen Berliner und Brandenburger Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen findet auch in den 2012 gegründeten Leibniz-Forschungsverbänden statt. Beispiele hierfür sind der Forschungsverbund „Interdisziplinäre Wirkstoff-Forschung und Biotechnologie“, der Forschungsverbund „Nachhaltige Lebensmittelproduktion und gesunde Ernährung“ oder auch der geisteswissenschaftlich

ausgerichtete Forschungsverbund „Historische Authentizität“. Hier arbeiten vorwiegend Einrichtungen der beiden Länder, die in der Leibniz-Gemeinschaft verortet sind, zusammen.

Der Berliner Humboldt-Universität ist es gelungen, die Finanzierung eines Forschungsbaus „Hybridsysteme für Elektronik, Opto-Elektronik und Photonik“ nach Artikel 91b Grundgesetz einzuwerben und das Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung (IAP) in Potsdam-Golm als strategischen Partner zu gewinnen.

Die "91b-Forschungsbauten" zeichnen sich durch herausragende wissenschaftliche Qualität und bundesweite Bedeutung aus. Mit dem neuen Forschungsbaus soll die Herstellung neuer elektronischer, optoelektronischer und photonischer Bauteile ermöglicht werden. Die fertigungstechnische Expertise hinsichtlich industrieller Prozessierung am IAP bietet hervorragende Voraussetzungen für die produktnahe Entwicklung.

Ein weiteres, seit vielen Jahren bewährtes und für die Vernetzung der beteiligten Forschungseinrichtungen und Hochschulen höchst bedeutsames Modell der Zusammenarbeit sind die sog. S-Professuren. Die gemeinsam berufenen Professorinnen und Professoren nehmen neben ihrem Amt als Hochschullehrerin oder Hochschullehrer eine zumeist leitende Funktion an der Forschungseinrichtung wahr. Beiderseitige Synergieeffekte sind die Folge. Derartige Kooperationen bestehen mit zahlreichen in Brandenburg angesiedelten Instituten, darunter dem Deutsche GeoForschungsZentrum in Potsdam, dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, dem Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik in Frankfurt (Oder), dem Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner, dem Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau in Großbeeren und dem Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung in Müncheberg sowie dem Leibniz-Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim.

Seitens der Brandenburger Hochschulen wurden Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Institutionen mit Sitz in Berlin abgeschlossen, wie der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V., dem Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme, dem Forschungsverbund Berlin e.V. oder dem Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie.

Am 30. Mai 2012 wurde das Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg feierlich eröffnet. Mit dem Zentrum sollen die breit gefächerten Angebote und Kompetenzen im Bereich der Jüdischen Studien in der Region Berlin-Brandenburg gebündelt und vernetzt werden. Ziel ist es, die Forschung und Lehre, die Internationalisierung sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf diesem Gebiet länderübergreifend weiter zu intensivieren. Durch die Einrichtung einer Graduiertenschule wird sowohl dem Ansatz der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf dem Gebiet der Jüdischen Studien als auch der Interdisziplinarität Rechnung getragen.

Berlin und Brandenburg wenden seit längerer Zeit einen gemeinsamen Kriterienkatalog für die staatliche Anerkennung privater Hochschulen in den beiden Bundesländern an. Dieser wird derzeit an die geänderten Hochschulgesetze der beiden Länder sowie an die durch die Akkreditierungstätigkeit des Wissenschaftsrats generierten Standards angepasst.

In der jährlich stattfindenden Langen Nacht der Wissenschaften präsentieren Forscherinnen und Forscher ihre Fachgebiete. Nach mehr als 10 Jahren ist die Wissenschaftsnacht in Berlin und Potsdam zu einem festen Highlight im Veranstaltungskalender der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg geworden.

XIV. Finanzen

Gemeinsame Aus- und Fortbildung für den Steuerverwaltungsdienst

Im Berichtszeitraum wurde die für den mittleren Dienst seit dem Kalenderjahr 2006 sowie für den gehobenen Dienst bereits seit dem Kalenderjahr 2002 bestehende Kooperation in der Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des Steuerverwaltungsdienstes an der Landesfinanzschule bzw. der Fachhochschule für Finanzen im Aus- und Fortbildungszentrum in Königs Wusterhausen erfolgreich weitergeführt. Die seinerzeit geschlossenen Kooperationsverträge wurden zwischenzeitlich zu einer Verwaltungsvereinbarung, die den gesammelten Erfahrungen in verbesserter Form Rechnung trägt, zusammengefasst.

Im Einstellungsjahr 2012 begannen 40 Anwärter/innen des Landes Brandenburg je Laufbahn die Ausbildung. Aus dem Land Berlin kamen weitere 150 Anwärterinnen und Anwärter je Laufbahn sowie erneut 10 Regelaufsteiger zur Ausbildung in das Aus- und Fortbildungszentrum in Königs Wusterhausen.

XV. Justiz

1. Strafverfolgungsbehörden

Die Strafverfolgungsbehörden der Länder Berlin und Brandenburg haben im Berichtszeitraum regelmäßig Informationen zur Informationstechnik und im Bereich der Verfolgung von sogenannter Rockerkriminalität ausgetauscht. Weiter gültig ist die Leitlinie zur Bestimmung kernbereichsrelevanter Telekommunikation gemäß § 100a Abs.4 StPO und zur Benachrichtigung von Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen Betroffener, die mit gemeinsamer Rundverfügung der Generalstaatsanwälte beider Länder in Kraft gesetzt wurde.

2. Justizvollzug: Gesetzgebung

Berlin und Brandenburg streben auch weiterhin weitgehend einheitliche gesetzliche Grundlagen an, die allerdings auf landesspezifische Besonderheiten Bedacht nehmen. Sie haben in einer aus 10 Ländern bestehenden Arbeitsgruppe, die bereits mit der Erstellung der Musterentwürfe für ein Jugendstrafvollzugs- und ein Untersuchungshaftvollzugsgesetz befasst war, inhaltlich und in der Begründung abgestimmte Mustergesetzentwürfe eines Strafvollzugsgesetzes und eines Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes erarbeitet. Die aus dem gemeinsamen Entwurf resultierenden Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetze der beiden Länder sind am 1. Juni 2013 in Kraft getreten. Während in Berlin die Erarbeitung eines Landesstrafvollzugsgesetzes noch aussteht, sind in Brandenburg die Inhalte des Mustergesetzentwurfs bereits in das ebenfalls am 1. Juni 2013 in Kraft getretene Justizvollzugsgesetz eingeflossen.

3. Informationstechnik

Gemeinsames Ziel der Justizverwaltungen ist u.a., in beiden Ländern zukünftig dieselben Fachverfahren zu betreiben und insgesamt die Zahl der in der Justiz eingesetzten Fachverfahren erheblich zu reduzieren. Aufgrund dieser IT-strategischen Leitentscheidung wird in der ordentlichen Gerichtsbarkeit beider Länder dasselbe IT-Fachverfahren (forumSTAR) eingeführt. Die Berliner Strafverfolgungsbehörden haben darüber hinaus zum Januar 2012 das in Brandenburg bereits im Einsatz befindliche Fachverfahren MESTA eingeführt.

XVI. Inneres

1. Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt veranstaltete im Jahr 2013 gemeinsam mit dem Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg den „Fachtag gegen Rechtsextremismus - Kommunale Netzwerke, Beratung, Bildung und Aufklärung“. Brandenburger und Berliner Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis gaben wichtige Impulse für die präventive Arbeit. Best-Practice-Projekte sowie Strategien und Instrumente gegen Rechtsextremismus wurden vorgestellt und diskutiert. Die Dokumentation des Fachtages wurde in einer gemeinsamen Publikation herausgegeben.

2. Kooperation der IT-Dienstleister der Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

Zwischen Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wurde im Oktober 2013 eine Kooperation der IT-Dienstleister vereinbart. Durch eine operative und strategische Zusammenarbeit unter dem Motto „Gemeinsam Visionen verwirklichen“ wollen die Kooperationspartner den Wissensaustausch verstärken, gemeinsam Lösungen erarbeiten und die Umsetzung von Vorhaben voranbringen. Die Partner erwarten, durch die Zusammenarbeit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern sowie Aufwände und Kosten zu reduzieren. Erste Schwerpunkte der Zusammenarbeit liegen in den Bereichen Mobiles Arbeiten, Interaktive Bürgerportale sowie Computer- und Datensicherheit.

XVII. Sport

Im Rahmen von Vorüberlegungen zu möglichen Bewerbungen Berlins um internationale Sportgroßveranstaltungen wie z. B. Olympische Spiele fand ein Gedankenaustausch mit der Brandenburger Seite statt. Dabei wurde deutlich, dass eine enge Zusammenarbeit für beide Seiten insbesondere unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten bei einzelnen wettkampftauglichen Spitzensportanlagen sinnvoll ist. Die Gespräche sollen zu gegebener Zeit weitergeführt werden.

XVIII. Kultur

1. Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

Neben der weiterhin gültigen Finanzierungsvereinbarung zum Abbau des Investitionsstaus bei der Bauunterhaltung (Sonderinvestitionsprogramm 2008-2017) haben Berlin und Brandenburg sowie der Bund zum 1. Januar 2013 auch ein neues Finanzierungsabkommen geschlossen. Mit diesem Finanzierungsabkommen wird der sog. Stammhaushalt der Stiftung im Zeitraum 2013-2017 auf eine solide Basis gestellt und die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zuschusserhöhend berücksichtigt. Der jährliche Zuschuss in Höhe von insgesamt 34.724.100 € wird in diesem Zeitraum anteilig vom Bund in Höhe von 14.528.000 €, von Brandenburg in Höhe von 12.298.100 € und von Berlin in Höhe von 7.898.000 € finanziert. Auf Grund der identischen Laufzeit der beiden Vereinbarungen können Neuverhandlungen über die weitere Finanzierung der Stiftung für die Zeit nach 2017 insgesamt geführt werden.

2. Gedenkstätten

Die Arbeitskreise der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten, der zeitgeschichtlichen Museen und der Opferverbände haben im Jahr 2012 das 9. Forum zur zeitgeschichtlichen

Bildung mit dem Thema „Emotionalität und Kontroversität in der historisch-politischen Bildungsarbeit“ in Potsdam veranstaltet. Das diesjährige Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung hat in Berlin stattgefunden und beschäftigte sich mit dem Thema „Spannungsverhältnis zwischen pädagogisch-didaktischer Überzeugung und politischen Forderungen an die Gedenkstättenarbeit“.

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten beteiligte sich im Rahmen ihrer Mitwirkung in der „Ständigen Konferenz der NS-Gedenkstätten im Raum Berlin“ - neben einer eigenen Ausstellung in der Gedenkstätte Sachsenhausen - an dem Berliner Themenjahr 2013 „Zerstörte Vielfalt“.

3. Kompetenzzentrum Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken in Berlin und Brandenburg

Das „Kompetenzzentrum Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken in Berlin und Brandenburg“ wurde durch eine Initiative der Senatskanzlei und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur gegründet, um Einrichtungen in beiden Ländern bei der Bestandserhaltung qualifiziert und wirksam zu unterstützen. Es besteht seit dem Jahr 2006, ist bei der Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin angesiedelt und ist eine der wenigen regionalen Initiativen, die eine strukturelle Verbesserung bei der Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken erreichen. Über das Kompetenzzentrum stehen leistungsstarke, in der Bestandserhaltung sehr erfahrene Einrichtungen, wie die Staatsbibliothek zu Berlin und das Geheime Preußische Staatsarchiv zur Verfügung.

Zur dauerhaften Sicherung der Finanzierung (Berlin: 120.000 €/Jahr, Brandenburg: 20.000 €/Jahr) und der Wahrnehmung der Aufgaben des Kompetenzzentrums wurde eine Vereinbarung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg geschlossen.